

INDABA

Das SADOCC-Magazin für das Südliche Afrika

96/17

HARARE

Was kommt
nach Mugabe?

WINDHOEK

Per Fahrrad
durch Katutura

KAPSTADT

Museum für afrikanische Kunst



SADOCC

Das Dokumentations- und Kooperationszentrum Südliches Afrika in Wien setzt sich für eine solidarische Außen-, Wirtschafts- und Entwicklungspolitik gegenüber den Ländern des Südlichen Afrika ein.

SADOCC:

- » Dokumentation und Bibliothek in A-1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1 (Öffnungszeiten: Dienstag 14.00-18.00)
Tel. 01/505 44 84
Fax 01/505 44 84-7
URL: <http://www.sadocc.at>
- » das quartalsweise erscheinende Magazin INDABA
- » monatliche Veranstaltungen „Forum Südliches Afrika“
- » Stadtspaziergänge „Afrikanisches Wien“
- » Projekt Jugendzentrum in Soweto
- » Nelson Mandela-Tag jeden 18. Juli

Interessierte Einzelpersonen und Institutionen können SADOCC durch ihren Beitritt als unterstützende Mitglieder fördern. In der Mitgliedsgebühr von jährlich EUR 30,- (für Institutionen EUR 50,-) sind sämtliche Aussendungen und Einladungen enthalten. Das Abonnement von INDABA kostet EUR 18,-.

Abo- oder Mitgliedsbeitrags-Einzahlungen auf unser Konto bei der BA-CA, BLZ 12000, Konto 610 512 006, IBAN AT57 1200 0006 1051 2006, BIC BKAUATWW; Spenden erbeten auf Konto: BAWAG/PSK, BLZ 60000, Kto-Nr. 93.009.960, IBAN AT70 6000 0000 9300 9960, BIC BAWAATWW.

Mitarbeit bei SADOCC

Willkommen, wenn Sie sich für praktische Solidarität mit dem Südlichen Afrika interessieren!

SADOCC-Aktionsgruppe Südafrika:

Fundraising für Jugendzentrum in Soweto,
Wanderausstellung Nelson Mandela
Mandela-Tag Juli 2018
Kontakt: office@sadocc.at

Österreichische Namibia-Gesellschaft:

Unterstützung der Musikschule in Tsumeb
Kontakt: namibia@sadocc.at

Lesezirkel für afrikanische Literatur:

Diskussion afrikanischer Literatur – vorwiegend von erzählerischen Texten von Autor/inn/en aus Subsahara-Afrika, egal in welcher Originalsprache verfaßt, von denen deutsche Übersetzungen greifbar sind.
Kontakt: lotte.rieder@sadocc.at

Elfriede Pekny-Gesellschaft

Die Elfriede Pekny-Gesellschaft zur Förderung von *Southern African Studies in Österreich* (benannt nach der Ende 2004 verstorbenen SADOCC-Generalsekretärin) ist der wissenschaftliche Arm von SADOCC. Letzte Buchveröffentlichung: k.u.k.in Ostafrika (Franz Kotrba). Aktuelles Projekt: Tiroler Missionshelfer in Rhodesien (Andrea Sommerauer)

Wir ersuchen um Spenden – diese können laut Bescheid des zuständigen Finanzamtes von der Steuer abgesetzt werden.

Kto. Nr. 507 860 22463, BLZ 12000,
IBAN AT21 1200 0507 8602 2463,
BIC BKAUATWW

... Leserbeiträge ...

zum Vorspann des Beitrags von Ilse Hanak (INDABA 95/17):

Ich habe nie behauptet, die 12.Vollversammlung (VV) des Lutherischen Weltbundes (LWB) in Namibia wäre die erste in Afrika gewesen. Die erste VV des LWB in Afrika fand 1977 in Dar es Salaam, Tanzania, statt, bei der ich auch dabei war und damals auf den Geschmack gekommen bin, daß es durchaus interessante und fortschrittliche Veranstaltungen sind. Ich war dann in der Folge bei fast allen dabei, z.T. mit meinem Mann, und sie waren immer gut und aufschlußreich, besonders 1984 in Budapest, wo die Mitgliedschaft der Kirchen der Apartheid suspendiert wurde und auch die Frauen-Männer-Jugend-Quote der TeilnehmerInnen mit 40:40:20 festgelegt wurde.“

Ilse Hanak (Salzburg)

zu diesem Heft, S: 20-22:

For me, The Zeitz Moca in Cape Town is a sensory experience that should be done in a few parts. I love revisiting at different times of day and different days of the week to experience how the light and views change. The architecture is an artwork of its own! I often don't make it into the actual gallery rooms!

Tamryn Pelser (SOMA Movement Collective, Cape Town)

3 Ende der Ära Mugabe

Der Protagonist der Krise in Zimbabwe ist gestürzt, aber bleibt sein System aufrecht?
Von Walter Sauer

Das Drehbuch der Generäle 4

Kurznachrichten 9



12 Feminismus in Namibia

Gertrude Eigelsreiter-Jashari sprach mit Vida da Voss von Sister Namibia

14 Katutura per Fahrrad

Bernhard Bouzek auf Tour mit Anna Mafwila

Endlich Mordanklage im Fall Ahmed Timol 16

Südafrika will bindende Regeln für Konzerne 17

20 MOCAA

Ein spektakuläres Museum für zeitgenössische afrikanische Kunst

Zimbabwe – Brigittenau 23

Impressum: **Herausgeber und Medieninhaber** (Verleger): Dokumentations- und Kooperationszentrum Südliches Afrika (1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1). **E-Mail:** office@sadocc.at **URL:** http://www.sadocc.at. **Druck:** Medienfabrik Wien (1050 Wien). **Papier:** Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier. **Art Direction:** Sander Design (1060 Wien). **Layout:** Elisabeth Koller. **Mitarbeiter/innen dieser Ausgabe:** Elisabeth Beer, Bernhard Bouzek, Gertrude Eigelsreiter-Jashari, Adalbert Krims, Peter Kuthan, Simon Loidl, Armin Rabitsch, Walter Sauer, Rita Schäfer, Hemma Tengler, Magdalena Waygand, Jessica Williams. **Fotos:** Bernhard Bouzek, Gertrude Eigelsreiter-Jashari, Peter Kuthan, SADOCC, Walter Sauer, www, Zeitz MOCAA (Iwan Baan und Antonia Steyn). **Redaktionsschluß dieser Ausgabe:** 5. Dezember 2017. **Konto:** BACA, IBAN AT 571200 0006 1051 2006, BIC BAWAATWW; Spenden erbeten auf Konto: BAWAG/PSK, IBAN AT70 6000 0000 9300 9960, BIC OPSKATWW. Dem **Beirat** von SADOCC gehören an: Reginald Austin, Harare/London; Johann Gattringer; Ingeborg Grau; Helmuth Hartmeyer; Peter Jankowitsch; Peter Katjavivi, Windhoek; Horst Kleinschmidt, Kapstadt; Adalbert Krims; Shula Marks, London; Kirsten Rüther; Godwin Schuster.

Walter Sauer

Ende der Ära Mugabe. Tatsächlich?

Unter dem sanften Druck der Generäle ging es dann plötzlich schnell. Am 21. November 2017 erklärte Robert Mugabe (93) nach über 37 Jahren politischer Führungsfunktion seinen Rücktritt. Drei Tage später wurde Emmerson Mnangagwa (75), ein langjähriger Gefolgsmann, unter dem Beifall der öffentlichen Meinung als dritter Präsident Zimbabwes angelobt. War es ein Militärputsch, ein Fraktionskampf innerhalb der Regierungspartei oder tatsächlich der Auftakt in eine neue Zeit? Von Walter Sauer.

Grace Mugabes offenbar unstillbare Gier nach Macht hatte das Faß zum Überlaufen gebracht. Seit Monaten hatte sie die Ablöse von Vizepräsident Mnangagwa betrieben – ein „Verräter“ wäre er, ein „Feigling“, der Mugabes Sturz vorbereiten würde. Und es müßte endlich eine Frau ins Führungstrio an der Spitze. Daß sie vor knapp drei Jahren mit ziemlich ähnlichen Methoden die damalige

hatte das Militär seine Vorbereitungen längst getroffen. Daß Armeechef Constantino Chiwenga bei seiner Pressekonferenz am 13. November von neunzig Kommandanten umgeben war, kann nicht das Ergebnis einer einzigen Woche gewesen sein. Auch wenn China dies dementierte, wird die Machtablöse Mugabes wohl auch während Chiwengas Besuch in Peking in der Woche vorher zur Sprache gekommen sein. Und auch Südafrika war wahrscheinlich informiert, spätestens nach dem Treffen des geflüchteten Mnangagwa mit Präsident Zuma.

nicht unwesentlichem Ausmaß beitrug (vereinzelt gab es dennoch Tote, und auch von Mißhandlungen festgenommener Mugabe-Anhänger wurde berichtet). Die Ahnung, die Japhet Moyo, Generalsekretär des Gewerkschaftsbundes von Zimbabwe (ZCTU), im Juni heurigen Jahres im Interview mit uns äußerte (INDABA95/17), wurde Wirklichkeit: So wie das Militär 1977 Mugabe als Parteivorsitzenden der ZANU installierte, so entfernte es ihn 2017 als Staatspräsidenten.



General Chiwenga bei seiner Pressekonferenz

Vizepräsidentin Joice Mujuru, eine Frau und Widerstandskämpferin, abmontiert hatte (INDABA 85/15), blieb dabei unerwähnt.

Doch als sie Mugabe tatsächlich soweit hatte und er am 6. November Mnangagwa wegen „Illoyalität, Mißachtung, Unehrllichkeit und Unverlässlichkeit“ aus der Regierung warf,

auch wenn jeder Staatsstreich einer Armee problematisch ist, war die Strategie der Generäle von Zimbabwe überlegt und genau

geplant – und offenbar die einzige Möglichkeit, die seit Jahren andauernde Krise zu „lösen“. Nur langsam rollten die Panzer auf Harare zu – eine von vielen Gelegenheiten, die Mugabe zu einem „ehrenhaften“ Rücktritt hätte nützen können –, Blutvergießen wurde nach Möglichkeit vermieden, wozu das Passivbleiben der Präsidentengarde in

Von Anfang an galt es als Sprachregelung, das Eingreifen des Militärs stelle keinen Putsch gegen die verfassungsmäßige Ordnung dar, sondern richte sich gegen „Kriminelle“ im Umfeld des Präsidenten. Dies war wichtig, um eine Suspendierung Zimbabwes seitens der *Southern African Development Conference* (SADC) bzw. ein – allenfalls auch militärisches – Eingreifen derselben zu verhindern, wie es im Fall von Staatsstreichen eigentlich vorgesehen wäre.

Interessant aber, daß Mugabe diese Sprachregelung aufgriff und in seinem Gespräch mit zwei südafrikanischen Ministern, die als Sonderge-

Revolution oder Fraktionskampf?

sandte der SADC nach Harare gereist waren, die Verfassungskonformität der Entwicklung bestätigte. Auch in seiner Fernsehansprache am 19. November dankte er den Generälen für ihre Intervention. Um so sein politisches



Panzer auf Harares Straßen – aber das alltägliche Leben ging weiter

Überleben möglicherweise doch noch zu sichern?

Sein „Wohlverhalten“ wurde jedenfalls honoriert: mit einer mehr als großzügigen Abfertigungsregelung (volles Gehalt, Straffreiheit und zahlreiche Privilegien für Robert und Grace Mugabe bis an ihr jeweiliges Lebensende) und der Proklamierung von Mugabes Geburtstag zum staatlichen Feiertag.

Während Zimbabwes Staatszeitung *The Herald* die bisherigen Schimpftiraden gegen Mnangagwa

durch die früher für Mugabe reservierten Lobhudeleien ersetzte und Tausende die Amtsübernahme des

neuen Staatsschefs in plötzlich in Fülle vorhandenen T-Shirts mit „*Mnangagwa & Chiwenga heroes of Our Liberation*“-Aufdruck feierten, machten sich so manche Menschenrechtsaktivist/inn/en und Oppositionelle ihre Gedanken.

„Spenden wir ZANUPF, die bereits auf dem Totenbett lag, nicht gerade eine neue politische Niere und verlän-

Machtwechsel

Sa, 4. November: Seit Monaten wachsende Spannungen zwischen den Anhängern der Präsidentengattin (*G40-Fraktion*) und Vizepräsident Emmerson Mnangagwa (*Team Lacoste*). In einer Rede greift Grace Mugabe Mnangagwa scharf an und beschuldigt ihn der Vorbereitung eines Staatsstreichs.

Mo, 6. November: Staatspräsident Robert Mugabe entläßt Mnangagwa wegen „*Illoyalität, Mißachtung, Unehrllichkeit und Unverlässlichkeit*“. Wie die Regierungszeitung *The Herald* später berichtet, sollen etwa 100 hochrangige Lacoste-Gefolgsleute aus der Partei ausgeschlossen werden.

Mi, 8. November: Aufgrund von Morddrohungen gegen seine Familie flieht Mnangagwa nach Südafrika und ruft ZANU PF dazu auf, Mugabe abzusetzen.

Mo, 13. November: Armeechef Constantino Chiwenga und 90 führende Generäle kündigen in einer Pressekonferenz das Eingreifen des Militärs an, „*sollte es notwendig sein, die zimbabwe'sche Revolution zu verteidigen*“. Chiwenga war erst wenige Tage zuvor aus China zurückgekehrt; ein Versuch der Polizei, ihn bei seiner Ankunft auf dem Flughafen zu verhaften, war gescheitert.

Di, 14. November: Informationsminister Simon Khaya-Moyo beschuldigt Chiwenga des Hochverrats; der Vorsitzende der ZANU PF-Jugendliga, Kudzanayi Chipanga, ruft im Fernsehen dazu auf, für die Verteidigung Mugabes „zu sterben“. Am frühen Nachmittag rollen die ersten Panzer auf Harare zu; gegen Abend werden die Residenzen Mugabes, die Rundfunk- und TV-Zentrale, die Kaserne der Präsidentengarde u. a. strategische Orte von Soldaten umstellt. Mehrere hochrangige Politiker, u. a. Finanzminister Ignatius Chombo, werden verhaftet. Mugabe wird unter Hausarrest gestellt.

Mi, 15. November: Um 5 Uhr früh erster TV-Auftritt des Militärs: Generalstabschef Sibusiso Moyo erklärt, das Vorgehen der Armee richte sich gegen „*Kriminelle*“ im Umfeld des Präsidenten und stelle keinen Putsch gegen die verfassungsmäßige Ordnung dar. Mugabe und seine Familie befänden sich in Sicherheit. Korrespondenten berichten über vereinzelte Schüsse und Explosionen in Harare. Angeblich laufen Verhandlungen zwischen dem Militär und Mugabe.

Do, 16. November: Laut Aussage eines hochrangigen Offiziers weigert sich Mugabe zurückzutreten. Am Nachmittag erscheint er überraschend bei der Graduierungszeremonie der *Open University* – eine der Promovierten ist die Ehefrau von General Chiwenda.

In Gegenwart des Militärs empfängt Mugabe zwei südafrikanische Minister als Abgesandte der SADC. Er bestätigt ihnen gegenüber die Legitimität des Vorgehens der Generäle.

Fr, 17. November: 8 von 10 Provinzverbänden der Regierungspartei ZANU PF fordern Mugabes Rücktritt. Der einflußreiche Verband der Kriegsveteranen, dessen Führer der Präsident im letzten Jahr entmachtet hatte, ruft zu einer Massendemonstration am Samstag auf.

Skepsis bei den Aktivisten

in Zimbabwe

Sa, 18. November: Zehntausende demonstrieren friedlich in Harare und fordern den Rücktritt des Präsidenten.

So, 19. November: ZANU-PF setzt Mugabe als Vorsitzenden und Ersten Sekretär der Partei ab und fordert seinen Rücktritt als Staatspräsident bis Montag zu Mittag. Anderenfalls würde im Parlament ein Impeachment-Verfahren eingeleitet werden. Grace Mugabe und 20 prominente G40-Politiker werden aus der Partei ausgeschlossen. Mnangagwa wird zum neuen Parteichef proklamiert.

Von einer Fernsehansprache Mugabes am Abend wird eine Rücktrittserklärung erwartet. Letztere erfolgt jedoch nicht. Mugabe erweckt einen körperlich gebrechlichen und geistig verwirrten Eindruck.

Mo, 20. November: Nach Verstreichen des Ultimatums beginnt das Parlament mit dem Absetzungsverfahren. Oppositionsführer Morgan Tsvangirai (MDC-T) fordert eine Konferenz aller politischen Kräfte, um den Übergang zu freien, international kontrollierten Wahlen vorzubereiten.

Proteste von Studierenden der Universität von Zimbabwe gegen die Korruption der Institution, die Grace Mugabe nach nur dreimonatiger „Studienzeit“ den Dokortitel verliehen hatte.

Di, 21. November: Um etwa 17 Uhr Lokalzeit verliert Parlamentspräsident Jacob Mudenda das Rücktrittsschreiben von Robert Mugabe. Begeisterung unter den Abgeordneten und auf den Straßen. Plünderer greifen *Choppies Supermarket* in Harare an – die Kette gehört mehrheitlich dem im Ausland befindlichen Vizepräsidenten Phelekezela Mphoko –, werden von Soldaten aber vertrieben.

Mi, 22. November: Unter dem Beifall tausender Anhänger kehrt der frühere Vizepräsident Emmerson Mnangagwa nach Zimbabwe zurück und nimmt sein Amt als neuer ZANU PF-Vorsitzender auf. Er spricht vom „*Beginn einer neuen Demokratie*“ und dem wirtschaftlichen Wiederaufbau des Landes. Seine Wahl zum Präsidenten soll am Freitag erfolgen.

Do, 23. November: Wie das Militär bekanntgibt, wurde Mugabe und seiner Frau „maximale Sicherheit“ in Zimbabwe zugestanden, was auch die Freiheit von Strafverfolgung beinhaltet. Fallweise Auslandsreisen sollen möglich sein.

Fr, 24. November: Im Stadion von Harare wird Emmerson Mnangagwa als dritter Präsident Zimbabwes installiert. In seiner Rede stellt er „demokratische Wahlen“ 2018 in Aussicht und verspricht Entschädigung für die im Zuge der Landreform enteigneten weißen Farmer. Robert Mugabe nimmt an der Zeremonie nicht teil.

Do, 30. November: Präsident Mnangagwa gibt die Zusammensetzung seiner Regierung bekannt - die Liste enthält teils langjährige Mugabe-treue Politiker, teils Vertreter des Militärs und der Kriegsveteranen. Nach heftigen Protesten tauscht er zwei besonders kontroverse Personen aus. Die Angelobung der neuen Regierung findet am 4. Dezember statt.

gern ihre Lebensdauer als Regierungspartei?“, fragte sich etwa John Stewart, langjähriger Kooperationspartner von SADOCC. „Genau diese Leute haben den Wahlsieg [des oppositionellen Präsidentschaftskandidaten Morgan Tsvangirai] von 2008 gestohlen und die Wahlen von 2000, 2002, 2005, 2008 und 2013 manipuliert. Das sind nun unsere Befreier? Faszinierend, wie ein Fraktionskampf innerhalb von ZANU PF zu einem Putsch führt, der nun mittels Demonstrationen auf der Straße als Volksrevolution legitimiert werden muß. Ja, Mugabe muß gehen! Aber noch wichtiger: Das System muß gehen! Wir können es uns nicht leisten, jetzt einer neuen Führungsgeneration einen Blankoscheck zur Diktatur auszustellen.“

Mehr oder weniger deutlich und mehr oder weniger konsequent veröffentlichten zahlreiche Nichtregierungsorganisationen ihre Forderungen für einen politischen Neubeginn. Ähnlich wie andere forderte der Gewerkschaftsbund von Zimbabwe eine neue politische Kultur, die auch in neuen politischen Gesichtern zum Ausdruck kommen müsse; Menschen sollten „in öffentliche Ämter berufen werden je nach ihren Verdiensten und nicht nach ihrer Loyalität zu politischen Führern.“

Darüber hinaus sollte eine inklusive (also auch die Opposition umfassende) *Transitional Authority* das Land auf freie und faire Wahlen vorbereiten. Es müsse eine Wahrheits- und Versöhnungskommission eingerichtet werden. Die staatlichen Institutionen, „die bisher dazu benützt wurden, das Volk zu unterdrücken“, müßten grundlegend reformiert werden. Neoliberale Wirtschaftstheorien wie Arbeitsmarktflexibilität, Austerität, Struk-

**Neue
politische
Kultur?**

Zimbabwes Chancen auf eine Wende

Ob es auch zu grundlegenden politischen Veränderungen in Zimbabwe kommt, hängt nicht zuletzt davon ab, ob sich die Opposition auf einen gemeinsamen Kandidaten (oder Kandidatin) für die Präsidentschaftswahlen im nächsten Jahr einigen kann. Und ob die Wählerregistrierung fair abläuft, meint der Innsbrucker Politologe Armin Rabitsch.

ZANU PF hat mit dem Rücktritt des 93-jährigen Robert Mugabe die seit langem schwelende Nachfolgefrage beendet. Der neu vereidigte 75-jährige Präsident Mnangagwa wird eine neue Regierungsmannschaft ernennen und bis zur nächsten verfassungsmäßig vorgesehenen Wahl Mitte 2018 regieren.

Die Probleme Zimbabwes und der Reformstau sind enorm. Die Staatskassen sind leer, den 2017 eingeführten Schuldscheinen (*bond notes*), einer Quasi-Währung, fehlt Vertrauen, die Wirtschaft stagniert, und das Budgetdefizit beträgt über 11 Prozent der Wirtschaftsleistung. Zimbabwe konnte bisher keine Einigung mit den *Bretton Woods*-Institutionen erzielen und hat über 9 Milliarden Euro Auslandsschulden, was 58 Prozent des BIP entspricht, zu einem Teil auch mit China, welches sukzessive wichtige Rohstoff- und Landwirtschaftsressourcen Zimbabwes kontrolliert.

Der neue Präsident, ein Bewunderer Deng Xiaopings, hat die lange erwarteten Reformen angekündigt und auch den Willen für glaubwürdige Wahlen 2018 ausgedrückt. Mnangagwa, der gute politische Kontakte innerhalb der SADC unterhält, erklärte, daß er auch Vertreter der Opposition in die Regierung einbinden würde. Der außerordentliche ZANU PF-Parteikongress von

12. bis 17. Dezember sollte Aufschluß über den inneren Zirkel Mnangagwas und dessen zwei Vizepräsidenten und mögliche Nachfolger geben. Mugabe hatte in der Vergangenheit zunehmend Spitzenfunktionen mit Vertretern der eigenen Bevölkerungsgruppe (*Zezuru*) besetzt und die Shona-Mehrheit der Karanga, welcher Mnangagwa angehört, benachteiligt.

Der neue Präsident kündigte auch eine Verwaltungsreform und das Schaffen von Arbeitsplätzen an und stellte den enteigneten Bauern Kompensationszahlungen in Aussicht. Knackpunkt für die internationale Glaubwürdigkeit des neuen Präsidenten wird sein, ob er internationale Wahlbeobachter der EU zur nächsten Wahl einlädt und akzeptiert. Die Däpierung der EU mit der Ausweisung des Chefs der EU-Wahlbeobachtungsmission vor der Wahl 2002 war die Initialzündung für die EU-Sanktionen. Diese Sanktionen wurden mit wenigen Ausnahmen Ende 2014 aufgehoben, die Reiseeinschränkung von Mnangagwa in die EU erst 2016. Die Sanktionen der USA gibt es nach wie vor.

Die Opposition, welche von 2009 bis 2013 in einer Einheitsregierung eingebunden war, scheint zudem geschwächt. Morgan Tsvangirai, der 2008 die Präsidentschaftswahl gegen Mugabe gewonnen hatte, aber dann auf Grund der zunehmenden Gewalt durch ZANU PF und Armee

die Stichwahl boykottierte, leidet an einer schweren Krankheit. Die MDC-Abtrünnigen Welshman Ncube und Tendai Biti haben sich zwar mit Tsvangirais MDC wieder zu einer MDC-Allianz zusammengeschlossen, aber mit der *People's Rainbow Coalition* der früheren Vize-Präsidentin Joice Mujuru, einem ehemaligen ZANU PF-Schwergewicht, gibt es noch keine Einigung über eine/n gemeinsame/n Präsidentschaftskandidaten/ in der Opposition.

Wichtig wird sein, daß die derzeit durchgeführte biometrische Wählerregistrierung das Vertrauen der politischen Parteien genießt, da das aufgeblähte Wahlregister 2013 einer der Hauptgründe für die vergangene MDC-Wahlschlappe war. Eine faire Wahl 2018 benötigt aber auch eine als unabhängig wahrgenommene Wahlkommission, gerechte Berichterstattung durch öffentliche Medien und die Nichteinmischung von Armee und Polizei ohne Einschüchterung von Wählern im Wahlkampf. Eine Wende in Zimbabwe ist möglich, aber bisher sahen wir nur einen lange erwarteten Führungswechsel der Regierungspartei.

Armin Rabitsch hat seit 1993 immer wieder in Zimbabwe gearbeitet. Als Wahlexperte versucht er mit der Initiative wahlbeobachtung.org auch Wahlprozesse in Österreich zu verbessern.

turanpassungsprogramme und die Bereicherung einer weniger Individuen und Firmen auf Kosten der arbeitenden Massen müßten aufgegeben werden, statt dessen wäre ein gerechtes Sy-



Überraschender Auftritt Mugabes bei einer universitären Promotionsfeier

stem auf Basis der sozioökonomischen Menschenrechte zu errichten. Dies müsse ein verlässliches und leistungsfähiges öffentliches Verkehrssystem beinhalten, ein würdiges Wohnen für alle, würdige Arbeitsplätze und Löhne sowie die lange überfällige Reform der Arbeitsgesetzgebung.

Welche Perspektiven für die zukünftige Entwicklung lassen sich derzeit erkennen? Bei seiner Amtseinführung im Stadion von Harare versprach Mnangagwa „demokratische“ Wahlen, die wie vorgesehen im kommenden Jahr stattfinden sollen. Er rief den Westen dazu auf, die wirtschaftliche Isolierung Zimbabwes zu beenden und stellte finanzielle Entschädigungen für enteignete weiße Landbesitzer in Aussicht. Beobachter gehen davon aus, daß Mnangagwa, der immerhin um fast eine Generation jünger ist als Mugabe und stärker mit Firmeninteressen verflochten, eine Rehabilitation der am Boden liegenden Wirtschaft im Auge hat; auch die (Wieder-) Bestellung des früheren Finanzministers

Patrick Chinamasa, der sich für einen Dialog mit den *Bretton Woods-Institutionen* stark gemacht hatte (INDABA 88/15), deutet in diese Richtung.

Dies wird freilich nicht ohne politische Zugeständnisse möglich sein. Gewisse Aktivitäten gegen die grassierende Korruption sind daher ebenso zu erwarten wie mehr Freiräume für Oppositionsparteien und NGOs bzw. mehr Förderung von Klein- und Mittelbetrieben – beides könnte einen Teil der Diaspora zur Rückkehr nach Zimbabwe bewegen – und vielleicht auch ein demokratischeres Wahlgesetz. Was, alles in allem, die politische wie wirtschaftliche Situation im Land doch verbessern könnte.

Ob Mnangagwa darüber hinausgehende Zugeständnisse machen wird, bleibt abzuwarten und wird nicht zuletzt von der Einigkeit und Stärke seiner Kritiker abhängig sein.

Die Zusammensetzung der am 30. November abends vorgestellten Regierung zeigte allerdings, daß Mnangagwa nicht daran denkt, Oppositionelle bzw. Menschenrechtssaktivist/inn/en an der Regierung zu beteiligen (bzw. solche vielleicht auch nicht dazu bereit waren). Imme- hin sah sich der Präsident nach heftigen Protesten gezwungen, zwei besonders kontrover- sielle Persönlichkeiten auszutauschen, darunter den Führer der Kriegsveteranen, der nunmehr nur als „Berater“ fungieren wird. Die zwei neuen Vizepräsidenten sollen bei einem außerordentlichen ZANU PF-Parteitag Mitte Dezember (nach Redaktionsschluß) bekanntgegeben werden.

Das verbleibende halbe Jahr bis zum Urnengang wird der neue, mit „Unterstützung des Volkes“ ins Amt gekommene Präsident zu seiner Profilierung nützen – die Regierungspartei will die Wahlen ja nicht verlieren. An der eingespielten Kollaboration von Partei, Entwicklungsbehörden und Polizei auf lokaler Ebene, die bisher die entsprechenden Mehrheiten sicherte, wird sich so rasch also nichts ändern. Ob die zersplitterte Opposition zu mehr Einigkeit finden und aus dem Abgang Mugabes mehr Rückenwind gewinnen wird, bleibt abzuwarten.

Wohl wenig Chancen hat derzeit die langfristig vermutlich nicht unwichtigste Forderung, die von einem Teil der NGOs erhoben wird: die nach einer *Truth and Reconciliation Commission* nach südafrikanischem Vorbild. Beginnend mit 1983, als Mugabes *Fünfte Brigade* angeblich aufständische Ndebele im Südwesten Zimbabwes bekämpfte und dabei Tausende ermordete, soll die Ära Mugabe in ihren Licht- und Schattenseiten aufgearbeitet werden. „Mugabe und Mnangagwa sollen dort eine Gelegenheit erhalten, sich gegen den Vorwurf zu verteidigen, sie wären die Architekten dieser Massaker und der Repression gewesen“, sagt etwa Sox Chikowero, einst früherer MDC-Politiker und heute im südafrikanischen Exil lebend. „Nur eine Wahrheitskommission kann unser Land heilen. Wenn man nicht über die Schatten der Vergangenheit spricht, bleiben sie in einem drinnen und fressen einen auf“, so Chikowero.

Wahrscheinlich ist so ein Szenario aus heutiger Sicht nicht. Aber was heißt schon wahrscheinlich? Das war ein Rücktritt Mugabes vor einigen Wochen auch noch nicht.

(Ab)Sturz zweier Gigantinnen

Der 15. November 2017 ist ein denkwürdiger Tag für Afrika. Nicht nur, weil Robert Mugabe, seit 37 Jahren (Minister-)Präsident Zimbabwes, von Generälen unter Hausarrest gestellt wird und das Ringen um seine Amtsniederlegung beginnt. An diesem Tag fallen auch zwei mächtige Afrikanerinnen von den Höhen des Einflusses und der Macht: Grace Mugabe und Isabel dos Santos. Was haben sie gemeinsam? Auf den ersten Blick nicht viel, aber bei näherem Hinsehen doch, meint Hemma Tengler.

Grace Mugabe stammt aus einfachen Verhältnissen, sie wird 1965 als viertes von fünf Kindern einer zimbabwianischen Wanderarbeiterfamilie in Südafrika geboren. Sie wächst bei ihrer Mutter im ländlichen Zimbabwe auf, wird Lehrerin und heiratet einen Luftwaffenpiloten. Nach ihrer Schei-



Grace Mugabe

dung und als alleinerziehende Mutter arbeitet sie im Sekretariat von Präsident Mugabe, der mit Grace noch zu Lebzeiten, aber mit dem Segen seiner schwerkranken Frau Sally eine Verbindung eingeht.

Schon vor der Hochzeit mit Robert Mugabe 1996 ist Grace unbeliebt beim Volk. Es mögen Neid und Mißgunst einer Aufsteigerin gegenüber gewesen sein, die außer ihrer Jugend wenig vorzuweisen hatte, oder auch der Vergleich mit der beliebten und

sozial engagierten Sally. Es gibt lange Diskussionen um ihre kirchliche Hochzeit, die dann doch vom katholischen Erzbischof von Harare gehalten wird.

Immerhin hält sie sich in den ersten Jahren nach der Eheschließung im Hintergrund. Aber bald erlangt sie für ihre extravaganten Einkaufsreisen und Verschwendungssucht Berühmtheit. „Gucci-Grace“ ist maßlos nicht nur im Konsum, auch im Temperament und im Streben nach Macht und Ansehen.

Als Geschäftsfrau sind ihre Erfolge durchwachsen: Geschäfte im Bergbau mißlingen, aber sie baut ein Milchwirtschaft-Empire auf fünf enteigneten Farmen auf. 2014 wird ihr nach dreimonatigem Studium ein Doktorat der University of Zimbabwe verliehen. Aus Vorfällen tätiger Gewalt in Hongkong, Singapur, Malaysia und 2017 in Südafrika kommt sie nur durch diplomatische Vermittlung ungeschoren davon.

Seit 2014 setzt sie alle Mittel ein, ihrem Ehemann als Präsidentin nachzufolgen, nutzt ihren Einfluß als Vorsitzende der *Womens League* und Politbüromitglied. Sie bringt einen Teil der ZANU-PF, vor allem die *Youth League*, in ihre Gefolgschaft und schafft es, daß ihr Nebenbuhler Vizepräsident Mnangagwa abgesetzt wird. Die Beliebtheit im Volk erreicht sie nie.

Isabel dos Santos, geb. 1973, die älteste Tochter des von 1979 bis 2017 amtierenden angolanischen Staatspräsidenten Jose Eduardo dos Santos, ist nach *Forbes Magazine* die erste Dollar-Milliardärin Afrikas, die größte private Investorin Angolas. Sie war bis zu ihrem Fall wohl auch die mächtigste Frau in Angola. Sie wurde in Baku geboren, wo ihre Mutter Tatjana ihren Vater traf. Sie wuchs in London auf und studierte am *King's College* London. Mit 24 Jahren trat sie ins Geschäftsleben ein. Sie verwaltet das während seiner Amtszeit angehäuften Familienvermögen der dos Santos. In Portugal und Angola verfügt sie über Beteiligungen an Telekommunikationsunternehmen, Banken, Energie- und Industrieunternehmen und Supermarktsketten. Selbst die *Financial Times* anerkennt ihre Fähigkeiten als Unternehmerin.

Im Juni 2016 macht sie ihr Vater zur Direktorin des Erdölgroßunternehmens *Sonangol*, ein Schachzug kurz vor seinem Amtsende. Bei der Umstrukturierung des korrupten und ineffizienten Unternehmens macht sie sich viele Feinde. Im Bestreben, seine eigene wirtschaftliche und politische Linie zu untermauern, wird sie am 15.11.2017 vom neuen Präsidenten Angolas, João Lorenço, als Direktorin der *Sonangol*

abgesetzt. Ihre Selbsteinschätzung blendet einen Teil der Realität aus. In einem Interview bezeichnet sich Isabel als Privilegierte aufgrund von Bildung, Weltkenntnis und Kontakten, aber auch als Opfer von Vorurteilen, daß sie ihren Erfolg dem Einfluß ihres Vaters zu verdanken habe.

Was bedeutet ihr tiefer Fall? Kaum ein Kontinent ist so von den täglichen Mühen der Frau und ihrem ungeheuren Beitrag am Leben und Überleben der Gesellschaft, aber auch von ihrer Unterordnung und Ausbeutung gekennzeichnet wie Afrika. Nur wenige Frauen schaffen es in derartige Positionen der Macht und des Reichtums wie Grace Mugabe und Isabel dos Santos.

Sie hätten Vorbilder sein können, solidarische Vorkämpferinnen für die Rechte und Gleichberechtigung der Frauen. Anstatt zu zeigen, daß der Weg aus der Armut für afrikanische Frauen möglich ist, daß Fähigkeiten und eigene Kraftanstrengung zählen, wurden sie Nutznießer ihrer mächtigen Patronate und Komplizen ungerechter Systeme. Dies sind falsche Signale.

Aber vielleicht zeigt ihr Fall eine richtige Botschaft: Daß Protektion ein Ende hat und eine darauf aufgebaute Stellung auf tönernen Füßen steht. Und daß der Krug zum Brunnen geht, bis er bricht. Den vielen afrikanischen Frauen, die um gute Ausbildung, um Anerkennung, um ihre Rechte kämpfen, sei gesagt: Laßt Euch nicht blenden! Grace und Isabel benutzten den leichten Weg und sind tief gefallen. Für die Frauenbewegung in den afrikanischen Ländern sind Grace und Isabel keine Vorbilder.

Hemma Tengler ist langjährige Entwicklungsexpertin mit Erfahrung in Zimbabwe, Moçambique und Angola.

...spektrum...

ANC-Parteitag. Die 54. Nationale Konferenz des regierenden *African National Congress (ANC)* fand von 16. bis 20. Dezember 2017 in Gauteng statt – also nach Redaktionsschluß. Es geht dabei vordergründig um die Nachfolge von Jacob Zuma an der Spitze der Partei und somit auch um den Präsidentschaftskandidaten für April 2019. Dahinter steht die Auseinandersetzung um den Einfluß indischer Oligarchen auf die südafrikanische Politik („State Capture“, INDABA 93/17) und die immer wieder behauptete Korruption Zumas und seiner Familie, die nach dem Ende seiner Amtszeit wieder gerichtsanhängig werden könnte.

Die erbitterten Auseinandersetzungen im Vorfeld des Parteitags – dem wichtigsten politischen Ereignis des Landes im heurigen Jahr – halten seit Monaten die Tagespolitik in Atem. Wahlberechtigt sind die Vertreter/innen der etwa 4.000 Ortsgruppen des ANC sowie einige weitere hundert Repräsentant/innen der ANC-Frauen-, Jugend- und Veteranenligen. Das Stimmverhalten ist an Beschlüsse der jeweils entsendenden Organisationseinheiten gebunden und im vornherein daher schwer kalkulierbar. Weder existiert jedoch ein verlässliches Mitglieder- bzw. Ortsgruppenregister, noch sind die Wahlen alle frei und fair abgelaufen. Mehrere Wahlergebnisse auf Provinz- oder Regionalebene wurden vielmehr gerichtlich angefochten, weil unterlegene Gruppen die Parteiführungen der Manipulation beschuldigten.

Im September hob der *High Court* von Pietermaritzburg sogar das Wahlergebnis der Parteiführung der Provinz KwaZulu-Natal auf, weil es 2015 offensichtlich irregulär zustande gekommen ist. Die damals gewählte Gruppe um

Sihle Zikalala zählt zu den stärksten Unterstützern von Präsident Zuma und seiner Wunschkandidatin Nkosazana Dlamini-Zuma.

Dlamini-Zuma, frühere Außenministerin (INDABA 58/08) und dann langjährige Vorsitzende der Afrikanischen Union, gilt als Vertreterin der Politik ihres geschiedenen Ehemanns und ihren Kritikern zufolge somit als wenig motiviert, *state capture* zurückzudrängen. Sie genießt jedoch die Unterstützung der einflußreichen Frauen- und Jugendlichen des ANC.

Aussichtsreicher Gegenkandidat für den Parteivorsitz ist der (unter Mandela) ehemalige Vizepräsident und seitherige Geschäftsmann Cyril Ramaphosa. Diesem wird am ehesten die Konfrontation mit den Oligarchen zugetraut. Nachteilig für ihn ist seine politische Verwicklung in die Ereignisse von Marikana, da er – als ein Aktionär des Bergbaukonzerns Lonmin – die Polizei per E-Mail zum Eingreifen gegen die Streikenden aufgefordert hat.

Die Chancen beider Kandidaten sind schwer einzuschätzen, ebenso wie jene eines dritten, der quasi als Kompromißkandidat aus dem Hut gezaubert wurde: der Finanzverwalter des ANC, Zweli Mkhize. Mkhizes politische Wurzeln im ländlichen Kwa-Zulu Natal und seine Fähigkeit, auch die urbane ANC-Basis anzusprechen, lassen ihn in der Tat als Alternative erscheinen.

Kommt es zur Entscheidung zwischen Dlamini-Zuma und Ramaphosa, spielen vermutlich die Delegierten der Provinz Mpumalanga die entscheidende Rolle. Der dortige



Nachfolgekandidatin
Nkosazana Dlamini-Zuma

Parteivorsitzende, David Mabuza, der ehemals als eng mit Zuma verbündet galt, zeigt sich zunehmend kritisch gegenüber der Kandidatur von Dlamini-Zuma. In Hinblick auf die Wahlen im Jahr 2019 sieht er sie als nicht ausreichend starke Kandidatin.

Im Verlauf der Auseinandersetzung zwischen den einzelnen Fraktionen ist es mehrfach zu Gewalttaten und politischen Morden gekommen. So wurde gegen Ende November der stv. Sekretär der ANC-Jugendliga in der Region Moses Mabhida (Provinz KwaZulu-Natal), Sthe Mhlongo, in Mpophomeni bei Pietermaritzburg erschossen. Kurz vorher war, ebenfalls in den Midlands, der 34-jährige Aktivist Lungisani Mnguni ermordet worden – die bisher letzten Opfer einer längeren Reihe von ANC-internen Mordfällen.

Geingob in Namibia zum Parteivorsitzenden der SWAPO gewählt.

Fast einen Tag lang zog sich das Wahlverfahren hin, immer wieder von Geschäftsordnungsanträgen und Protesten überschattet. Am frühen Morgen des 17. November stand das Ergebnis endlich zweifelsfrei fest: Staatspräsident Hage Geingob, bislang nur Vizepräsident der Regierungspartei, hatte es geschafft. Mit 574 von 766 Stimmen.

Geingob ist damit auch Spitzenkandidat für die Präsidentschaftswahlen im Herbst 2019 und darf somit auf eine zweite Amtsperiode hoffen.

Was eigentlich ein Routinevorgang hätte sein können, war in den vergangenen Wochen zu einem spektakulär ausgetragenen Richtungsstreit zwischen zwei Flügeln der Partei eskaliert, nämlich Geingobs *Team Harambee* und einem *Team SWAPO* im Umkreis der Parteigranden Nahas Angula und Jerry Ekandjo (die beide für den Parteivorsitz kandidierten). Während diese Geingob

vorwarfen, von den Grundsätzen der Partei abzuweichen und sie dadurch zugrunde zu richten, kritisierte Geingob in einer öffentlichkeitswirksamen Kampagne durch alle Provinzen „tribalistische Tendenzen“ der früheren Parteiführung, die zur Benachteiligung der nicht-oshiwambosprachigen Gebiete Namibias führe. Geingob selbst ist damarasprachig.

Hintergrund der Kontroverse sind zum einen kommerzielle Rivalitäten der beiden Parteiflügel und ihrer Exponenten, und zum anderen Geingobs



Präsident Hage Geingob

Bestreben, den Staatsapparat zu modernisieren – was bei den Traditionalisten innerhalb der SWAPO nicht gut ankam. Besonders verübelte man ihm seine öffentliche Kritik an der „Ineffizienz“ mehrerer namentlich genannter Minister/innen in seiner Regierung.

Die früheren SWAPO-Vorsitzenden und Staatspräsidenten, Sam Nujoma und Hifikepunje Pohamba, nahmen am Parteitag nicht teil, weil sie zur Amtseinführung des neuen Präsidenten von Zimbabwe, Emmerson Mnangagwa,

nach Harare gereist waren.

SWAPO gewann die letzten allgemeinen Wahlen im November 2014 mit 86.73% der Stimmen und besetzt 77 der 96 Mandate im Parlament (INDABA 84/14).

Aufrüstung in Botswana. In Europa kaum zur Kenntnis genommen, hat die Absicht der Regierung in Gaborone, zwischen acht und zwölf schwedische *Gripen*-Kampfflugzeuge anzukaufen, in Botswana selbst ziemlichen Staub aufgewirbelt. In einer ausführlichen Denkschrift zum Thema „*Wettrüsten in Botswana inmitten von Arbeit, Massenarbeitslosigkeit und sozialer Ungleichheit*“ hat beispielsweise die Oppositionspartei *Umbrella for Democratic Change (UDC)* Schweden aufgerufen, auf den Verkauf der Jets zu verzichten.

Dem Stockholmer Friedensforschungsinstitut *SIPRI* zufolge sind die Kosten Botswanas für Militärausgaben in der Tat von 292 Mio. US-\$ im Jahr 1998 auf 377 Mio. 2008 und auf 436 Mio. US-\$ 2015 gestiegen (in konstanten Preisen und Wechselkursen von 2014). Botswanas derzeit gültiger Nationaler Entwicklungsplan (2017-2023) bekennt sich zur Modernisierung der Ausrüstung der Armee, inkl. von Neuanschaffungen. Laut UDC-Vorsitzendem Duma Boko sollen für das Kapitel „territoriale Integrität“ etwa 15% des Bruttoinlandseinkommens reserviert werden, wovon ca. die Hälfte auf Kauf und Unterhalt der *Gripen* entfallen würde.

Laut Boko habe die Aufrüstungsspirale 2008 mit dem Amtsantritt des vierten Staatspräsidenten Botswanas, Ian Khama, begonnen. Die drei früheren Präsidenten (Seretse Khama, Quett Masire und Festus Mogae) hätten sich mehr auf Konfliktlösung durch Diplomatie konzentriert, auch wenn es damals angesichts der Destabili-

sierungspolitik Südafrikas unter dem Apartheidregime eine tatsächliche Gefährdung der territorialen Integrität gegeben hätte.

Botswanas Sicherheitsbedürfnisse werden im Nationalen Entwicklungsplan u. a. mit dem Kampf gegen die Wilderei, die Einschränkung illegaler Migration, Beteiligung an friedenserhaltenden Missionen u. ä. umschrieben. „*Kritiker bezweifeln angesichts dessen den Sinn des Ankaufs von Kampfflugzeugen*“, so Boko. „*Der Gripen JAS 39 ist auch nach europäischen Standards ein hochmoderner Abfangjäger, den die Streitkräfte von Botswana weder benötigen noch sich leisten können. Es ist allgemein bekannt, daß unsere Soldatinnen und Soldaten oft nicht einmal hochwertige Stiefel oder Kleidung zur Verfügung haben und permanent in Zelten schlafen müssen. Das wären dringendere Bedürfnisse, die man abdecken müßte.*“

Wie sich im Zug der Diskussion herausstellte, sind Präsident Khama und seine Brüder an der Firma *Seleka Springs* beteiligt, die schon zu seiner Zeit als Armeekommandant den Großteil des Beschaffungswesens für die *Botswana Defence Force* abwickelte. Partnerfirmen waren u. a. die britische *Avis Vickers* (Scorpion-Panzer), *Steyr-Daimler-Puch* aus Österreich (Kürassier- und Bergepanzer, Maschinengewehre) sowie die südafrikanisch-belgische Firma *FN Herstal* (Pistolen und Munition). Geschäftsverbindungen bestehen auch zur israelischen Rüstungsindustrie.

Ian Khama, dessen Amtszeit 2018 ausläuft, ist auch innenpolitisch umstritten (INDABA 84/14).

Kaum Rechte für Frauen in Swaziland. Fast 500 sexuelle Übergriffe auf Frauen wurden laut Polizeiberichten

zwischen Jänner und Juli 2017 angezeigt. 237 davon betrafen Vergewaltigungen, 98 Vergewaltigungen in der Ehe und 24 versuchte Vergewaltigung, gab Polizeisprecher Khulani Mamba bekannt. Frauen sind in Swaziland Menschen zweiter Klasse. Einer 2015 durchgeführten Studie zufolge glauben vier von zehn Frauen, daß Ehemänner ihre Frauen schlagen dürfen, weil sie Haushaltsvorstände sind. Als legitime Gründe galten die Verweigerung von Sex, häusliche Streitigkeiten, Ausgehen ohne Erlaubnis, Vernachlässigung der Kinder und natürlich außereheliche Beziehungen mit anderen Männern.

Silindelo Nkosi von der *Swaziland Action Group Against Abuse* (SWAGAA) kommentierte dies wie folgt: „*Diese Rechtfertigungen für häusliche Gewalt haben in den letzten Jahren extrem zugenommen und resultieren darin, daß immer mehr junge Frauen unter den Händen ihrer Liebhaber oder Ehemänner sterben.*“ Der klinische Psychologe Ndo Mdlalose spricht sogar von einer „*Mißbrauchsmentalität*“ unter dem Vorwand, Männer müßten Frauen durch Schläge wieder auf den richtigen Weg bringen.

Das bekannte medizinische Journal *Lancet* berichtete 2009 über eine Studie, derzufolge eine von drei jungen Frauen im Alter von 18 Jahren bereits sexuelle Gewalt erfahren hat. Darunter wurden tatsächliche oder versuchte Vergewaltigungen sowie unerwünschte oder erzwungene Berührungen verstanden. Mehr als ein Viertel der Zwischenfälle ereignen sich mit Männern oder Buben im eigenen Haushalt der Mädchen bzw. Frauen, ein Fünftel bei Freunden, Verwandten oder Nachbarn.

Im Juni 2008 berichtete der *National Democratic and Health Survey*, daß 40% der Männer in Swaziland es für

richtig fanden, Frauen zu schlagen. Der *United Nations Population Fund* (UNFPA) veröffentlichte im selben Jahr eine Studie, derzufolge viele Frauen hungern, weil traditionsgemäß Männer als erstes essen – und wenn es nicht genug Essen im Haus gibt, dann bleibt für die Frauen eben nichts übrig.

Nach traditionellem Swazi-Recht werden Frauen als Kinder betrachtet und gelten als Eigentum ihrer Väter oder Ehemänner. Ihr Leben muß demnach den Kindern bzw. ihren Männern gewidmet sein, denen sie sexuell auf Wunsch zur Verfügung stehen müssen. Verweigern sie das, wird ihnen oft vorgeworfen, an der Vergewaltigung von Kindern schuld zu sein.

Durban wird UNESCO-Literaturstadt. Die Bildungs- und Wissenschaftsorganisation der Vereinten Nationen (UNESCO) hat am 31. Oktober die südafrikanische Stadt Durban ihrem Netzwerk *City of Literature* hinzugefügt. Diesem gehören derzeit weltweit 180 Städte an.

Die Bewerbung der Stadt um diesen ehrenvollen Titel wurde von Darryl David, Leiter des *Department of English* an der *University of KwaZulu-Natal*, koordiniert. Sie baute auf den drei großen Literaturfestivals auf, die in Durban ihre Heimat haben: *Time of the Writer*, *Poetry Africa* und *ARTiculate Africa*. Durch öffentlichkeitswirksame Aktivitäten, gerichtet an Schulkinder oder bildungsferne Schichten, soll das Literaturbewußtsein in der Stadt am Indischen Ozean noch weiter vertieft werden. Noch einen zweiten Preis konnte Durban diesen Herbst einheimsen: Für seine Strategie zur Erneuerung der Innenstadt erhielt es den jährlichen Würdigungspreis der *International Society of City and Regional Planners*.

Am Beispiel von „Sister Namibia“

Du bist seit 2013 Geschäftsführerin von Sister Namibia. Wie schaute eure Arbeit konkret aus und was hat sich seit der Gründung 1989 verändert?

besonders mit marginalisierten Volksgruppen wie den San-Frauen. In der dritten Phase, ab 2013, sahen wir, daß viele Dinge nicht so gut funktionierten. das Büro im Norden Namibias mußte geschlossen werden, die Finanzierung war nicht gesichert, weil Oxfam die Finanzierung stoppte. Wir mußten uns daher ein grundsätzlich neues Konzept überlegen. Wir stellten den Feminismus in den Mittelpunkt und sahen die Frauen als „change agency“ in ihrem Leben. Wir wollten sie durch Informationen und „Safety Workshops“ zur Selbstverteidigung und Selbstermächtigung befähigen. Zusätzlich riefen wir Frauen über unsere Zeitschrift, soziale Medien, Fernsehen und Radio dazu auf, ihre positiven Geschichten zu erzählen – wie sie es geschafft haben, Hindernisse zu überwinden und ein selbstbestimmtes Leben zu erreichen.

Ein ganz wichtiger Punkt ist die Sprache – und hier sind nicht gemeint die Sprachen der verschiedenen Völker, sondern daß im Sprachgebrauch vieler Frauen einfach Begriffe fehlen. Es gibt eine Spracharmut, Tabus in Zusammenhang mit Sexualität, HIV/ AIDS oder auch Gewalt. In kleinen Gesprächsgruppen umkreisen wir diese Themen und erarbeiten dann gemeinsam Begriffe. So wird vieles, was das Leben der Frauen stark mitbestimmt, erstmals sichtbar und benannt, und Erfahrungen dazu werden in der Gruppe ausgetauscht. Im nächsten Schritt können wir dann über Lösungsansätze und Handlungsmöglichkeiten sprechen. Es entsteht dabei auch eine andere Sprachkultur.

Eine der ganz großen weiteren Herausforderungen sind die Stereotype, die Frauen und Männern zugeschrieben werden. Diese versuchen wir in den Gesprächsgruppen zu thematisieren und sie über das Sprechen darüber auch aufzubrechen.

Als weiteren großen Bereich sehen wir die Kindererziehung. Für viele Veränderungen ist es notwendig, daß bereits bei der Erziehung der kleinen Buben und Mädchen angesetzt wird, daß sie gleichberechtigt erzogen werden. In den Frauenrunden schaffen wir dafür bei den Müttern ein entsprechendes Bewußtsein.

Was sind aktuell eure wichtigsten Projekte?

Wir verstehen uns als Agentur für die Individuen. Viele Frauen hier haben keine ökonomische Absicherung, kein sicheres Zuhause, Keine Jobmöglichkeiten, nicht die kleinsten Reserven. Es ist daher als ersten Schritt wichtig, Informationen zu verteilen, Frauen mit Wissen auszustatten. Sie brauchen Informationen darüber, wie sie ihr Leben selbst in die Hand nehmen und es verändern können. Bestimmte Kompromisse müssen verhindert werden. Als erstes ist es wichtig, Sicherheits-Workshops zur Selbstverteidigung abzuhalten.

Aufgrund fehlender Mittel sind viele junge Mädchen auf sogenannte Sugar Daddies angewiesen, also auf Männer, die sie längere Zeit finanziell gegen sexuelle Leistungen unterhalten. Wir haben Eltern ermutigt, den Mädchen Ausbildungen zu ermöglichen, um von diesen Abhängigkeiten loszukommen.

Als nächstes haben wir das „Projekt wiederverwendbare Binden“ in Angriff genommen. Junge Mädchen und Frauen versäumen oft die Schule, den Job oder andere Aktivitäten, weil

sie während der Menstruation keine Möglichkeit haben, das Haus zu verlassen. Die Armut ist so groß, daß sie keine Binden oder Stoffetzen haben, um das Regelblut aufzusaugen.

Wir haben daher die wiederverwendbaren waschbaren Binden entwickelt und verteilen sie möglichst breit an junge Frauen, auch in Zusammenhang mit Workshops. Für die Finanzierung haben wir auch bei der namibischen Regierung um Unterstützung angesucht.

Um mit unseren Anliegen und Projekten möglichst viele Frauen in allen Regionen und Volksgruppen zu erreichen, bilden wir Trainerinnen aus, die vor Ort die Workshops durchführen. Um das Projekt zu verbreiten haben wir das Konzept „train the Trainer“ angewendet und hunderte Studentinnen ausgebildet, die in den Regionen mit kleinen Frauengruppen Workshops abgehalten haben. Finanzieren konnten wir das durch Unterstützung aus Schweden.

Wir initiieren mit Frauen vor Ort lokale Gruppen, die dort die Arbeit an der Basis leisten, z.B. Workshops auch in Schulen durchführten. Dabei haben wir auch mit der Regierung zusammen gearbeitet und das Thema sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte behandelt.

Wie können junge Frauen aus der Armut und ökonomischen Abhängigkeit heraus kommen?

Wir lassen Frauen erzählen, wie sie ihr Leben gut bewältigen, wie sie Rückschläge überwinden, wie ihnen ökonomische Verbesserungen gelingen und wie sie – weitgehende - Unabhängigkeit erreicht haben. Wenn

andere Frauen und Mädchen diese Geschichten hören oder lesen, ermuntert sie dies, selbst aktiv zu werden, etwas auszuprobieren, sie bekommen Ideen usw. Daher verbreiten wir diese Geschichten über unsere Zeitschrift und – ganz wichtig – auch über das Radio in alle Regionen Namibias, zum Teil auch in den unterschiedlichen Sprachen.

Welche Pläne habt ihr für die Zukunft?

Wir konzentrieren uns darauf, nachhaltig zu sein, d.h. wir wollen uns sowohl mental als auch materiell



Gertrude Eigelsreiter-Jashari und Vida da Voss (re.)

verbessern, Veränderungen auf lokaler Ebene bewirken und Frauen eine Stimme geben. Wir wollen mittels Informationen, die wir möglichst weit, auch in ländliche und entlegene Regionen verbreiten, Fortschritte erzielen. Wir verstehen uns als „agency of Change“ und versuchen Veränderungen – auch große, langfristige – mittels kleiner lokaler Frauengruppen zu erreichen.

Weitere Informationen zu den Projekten und Sister Namibia unter: <https://sisternamibia.com/>.

Die heute 35jährige Touristikerin Anna Mafwila machte sich im Jahr 2011 selbstständig und gründete ihr eigenes Unternehmen, „Katu Tours.“ Seither führt sie Touristen per Fahrrad durch Katutura und vermittelt eine neue Sichtweise auf Windhoek und die sozioökonomische Situation in Namibia. Ein Erlebnisbericht von Bernhard Bouzek.

Ganz wichtig ist es der Leiterin des Unternehmens aber, den feinen Unterschied zwischen einem unsensiblen, voyeuristischen Slumtourismus und einem Kennlernen der sozio-kulturellen Rahmenbedingungen in Katutura zu betonen. Vom Soweto-Markt geht es über die Eveline Street zum Oshetu-Markt, die alle als Orte zur Fokussierung auf die individuellen

– oft von Frauen geführt – hin. Trotz allem ist sich Anna dessen bewußt, daß es auch Kritik an ihren Touren gibt. Einige wenige sehen statt des interkulturellen Lernens bloß einen „Zoobesuch“, bei dem Touristen durch die Welt der armen Schwarzen geführt werden.



rück, schloß die Schule ab und begann in der Tourismusbranche zu arbeiten. Aus privaten Gründen folgte ein kurzer Aufenthalt in Wien, später eine Anstellung bei einem großen Safari-Anbieter in Windhoek. Doch mit zunehmender Berufserfahrung wurde ihr klar, daß die alleinige Präsentation der Naturschönheiten des Landes einerseits die Interessen der lokalen Bevölkerung zu wenig berücksichtigt, und daß andererseits den Touristen ein verzerrtes Bild vermittelt wird.

da die Mehrheit der Radtouristen nur ein paar Eckdaten zur Ge-

Crashkurs in Geschichte

Daß man Anna bei der Umsetzung der innovativen Idee eines Fahrradtourismus in Katutura jede Menge Steine in den Weg gelegt hat, ärgert sie bis heute. Als Unternehmerin, als Schwarze und als Frau sieht sich Anna als Pionierin für eine neue Generation von Namibierinnen, der man allerdings von Seiten der Bewohner und der Behörden anfänglich mit Mißtrauen, Ablehnung und auch Feindseligkeit gegenüberstand. „Eine Spätfolge der Apartheidpolitik“, wie Anna meint, „bei

Eine dreifache Pionierin

ein anderes Namibia gekämpft, da kann ich jetzt nicht aufgeben“, gibt sich Anna selbstbewußt. Daß nur eine große Bildungsoffensive die Menschen aus der Spirale von Armut, Arbeitslosigkeit und Kriminalität befreien kann, davon ist Anna fest überzeugt. Wie viele politisch interessierte Menschen in Namibia sieht sie allerdings die allgegenwärtige Korruption als größtes Hindernis auf dem Weg zu einer sozial gerechteren Gesellschaft.



Katutura: Alltag von Armut, Arbeitslosigkeit und mangelnder Bildung geprägt

der die Sklaven die Sklavenmentalität verinnerlicht haben. Man traut sich selbst nichts zu, blickt nur neidisch auf andere.“ Trotz fünf Mordanschlägen hat sie ihr Kleinunternehmen nicht aufgeben. „Meine Eltern haben für

Radfahrbereich eine gesellschaftliche Teilnahme und ein selbstbestimmteres Leben zu ermöglichen. Dazu wurden bisher 34 Fahrrad-Werkstätten eröffnet und die Verteilung von Fahrrädern organisiert. Vor Ort bildet die Orga-

nisation Einheimische als Fahrradmechaniker aus und beschäftigt sie, um Räder zu reparieren und dadurch Einkommen zu generieren. Verteilt werden die Räder an lokale Organisationen, deren Angestellte und Freiwillige ihre Arbeit somit deutlich effizienter leisten können. BEN hat seit der



Neue Erfahrung für Touristen

Gründung im Jahr 2005 schon 50.000 Fahrräder an Personen abgegeben, die in der Hauskrankenpflege für HIV/AIDS-infizierte Menschen, Waisen und benachteiligte Kinder aktiv sind. Ebenso stellt BEN Kindern in ländlichen Gebieten Fahrräder zur Verfügung, um ihnen den täglichen weiten Weg zu ihren Schulen und somit den Zugang zu Bildung zu ermöglichen. Und auch wer selbst einmal in Katutura, das selbstbewußte Bewohner in Matutura („Ort, an dem wir leben wollen“) umbenannt haben, auf zwei Rädern unterwegs sein will, finden alle Informationen unter www.katutours.com.

Günstige Mobilität für Entwicklung

Zephania Kameeta Foundation in Katutura

Um die soziale Tätigkeit ihres Vaters auf lokaler Ebene weiterzuführen, haben zwei seiner Töchter, Tjeripo und Unotjari, eine kleine Klinik gegründet, in der sie ehrenamtlich kostenfreie AIDS-Tests und andere Untersuchungen durchführen und vor allem individuelle Beratung und Information anbieten. Diese erstreckt sich auch auf Selbstbewußtsein, Empowerment und unternehmerische Fähigkeiten. Die Prävalenz von HIV/AIDS liegt in Namibia bei 14% – der erhoffte Rückgang der Infektionen ist bisher ausgeblieben.

Die kleine Einrichtung ist beim Namibischen Kirchenrat in Katutura eingemietet und schon in den ersten Monaten ihrer Tätigkeit auf großes Interesse gestoßen. Unterstützung für die Kameeta-Foundation wird erbeten durch Spenden auf das Konto:

IBAN AT42 2040 4000 0006 7686, lautend auf „Erklärung von Salzburg für solidarische Entwicklung“.



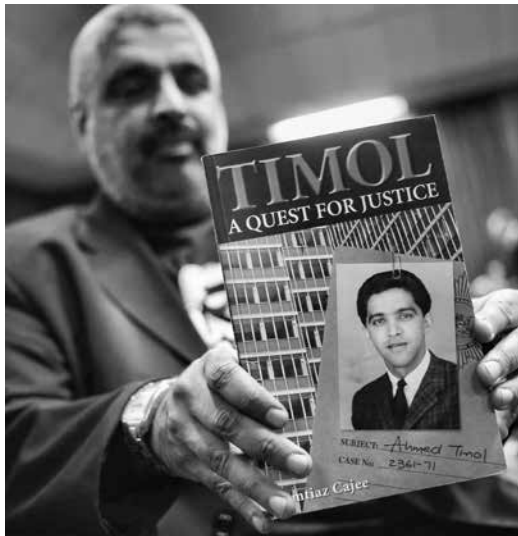
Tjeripo Kameeta ist gelernte Krankenschwester

Mörder vor Gericht

Endlich Prozeß im Fall Ahmed Timol †

73 politische Häftlinge kamen während der Apartheid in südafrikanischen Gefängnissen ums Leben. Einer von ihnen war Ahmed Timol, der am 27. Oktober 1971 vom 10. Stockwerk der Polizeizentrale am John Vorster Square in Johannesburg aus dem Fenster stürzte – offiziell wurde von Selbstmord gesprochen. Nun wird das Verfahren wiederaufgenommen. Ra'eesa Pather berichtet.

Die südafrikanische Staatsanwaltschaft (National Prosecuting Authority/NPA) hat ein Verfahren gegen João Rodrigues, einen früheren Sicherheitspolizisten, eingeleitet we-



Imtiaz Cajee mit dem Buch über seinen ermordeten Onkel

gen Mordes, Beihilfe zum Mord und Vertuschung im Zusammenhang mit dem Tod des Anti-Apartheid-Aktivisten Ahmed Timol. Weitere Angeklagte sind Neville Els and Seth Sons, ebenfalls frühere Mitarbeiter der berühmten Spezialeinheit der Apartheidzeit.

Damit wird zum ersten Mal ein Todesfall im Gefängnis juristisch wiederaufgerollt. Richter Billy Mothle

setzte damit ein Urteil aus dem Jahr 1972 außer Kraft, demzufolge Timol durch einen Sprung aus dem Fenster im 10. Stock der heutigen Johannesburg Central Police Station Selbstmord verübt hätte. „Timol starb vielmehr, weil er von Mitgliedern der Sicherheitspolizei aus dem Fenster gestoßen wurde, prima facie mit der Intention, ihn zu ermorden“, so der Richter in seinem Statement.

Ahmed Timol, von Beruf Lehrer, war Aktivist des African National Congress und Mitglied der südafrikanischen Kommunistischen Partei. Zeugen zufolge war Rodrigues jener Beamte, der als letzter mit Timol im betreffenden Raum war.

Schon im Jahr 2003 hatte die Familie Ahmed Timols von der Staatsanwaltschaft die Wiedereröffnung des Verfahrens gefordert. Damals wurde das abgelehnt, obwohl mehrere Sicherheitspolizisten, die in die Verhöre von Timol involviert gewesen waren, noch lebten. Heute ist Rodrigues der einzige aus dem Team, der noch am Leben ist. Imtiaz Cajee, Timols Neffe, mobilisierte die Medien, schrieb ein Buch über seinen Onkel und erreichte es schließlich, daß nun ein neuer Prozeß über den Tod Ahmed Timols beginnen wird. Cajee: „Ohne den

Druck der Öffentlichkeit auf die NPA wäre das nicht möglich gewesen, von sich aus tun die nichts.“

Cajee ist der festen Meinung, daß dieser Erfolg nicht nur seiner eigenen Familie Hoffnung auf Aufklärung gegeben hat, sondern auch vielen anderen. „Mein Onkel war nicht das einzige Opfer der Unterdrückung in jener Zeit. Es gibt 72 andere bekannte Aktivisten, die während der Apartheid in Polizeihaft verstarben. Ihre Familien müssen erst noch erfahren, was mit ihren Angehörigen passiert ist.“ Auch die Untersuchungen der seinerzeitigen Wahrheitskommission seien in dieser Hinsicht unergiebig gewesen.

Ob das neue Verfahren jedoch die Wahrheit an den Tag bringen wird, ist offen. In der Voruntersuchung haben alle Beteiligten – Rodrigues, Els und Sons – abgestritten, mit der Sache etwas zu tun gehabt zu haben. Politische Gefangene, die später im 10. Stock gefoltert wurden, berichten allerdings, es sei ihnen mit einem „Timol-Schicksal“ gedroht worden.

Ra'eesa Pather ist Redakteurin des Mail & Guardian, aus dem wir den Bericht (gekürzt) entnahmen. Timols Lebensgeschichte wurde 2015 unter dem Titel „Indians Can't Fly“ von Enver Samuel verfilmt.

Konzerne und Menschenrechte

Südafrika in der internationalen Wirtschaftspolitik

Während in Südafrika selbst die Aufarbeitung des Massakers von Marikana (INDABA 90/16) nur schleppend vorangeht, vertritt die Regierung in internationalen Foren durchaus fortschrittliche Positionen, die gegen die neoliberale Freihandelsdoktrin und mitunter auch gegen eigene Wirtschaftsinteressen gerichtet sind. Jüngstes Beispiel ist die UN-Initiative, einen verbindlichen Vertrag für transnationale Unternehmen hinsichtlich der Einhaltung von Menschenrechten auszuarbeiten. Von Elisabeth Beer.

Vor dieser UN-Initiative hat Südafrika schon einmal mit einer wirtschaftspolitischen Entscheidung die Geschäftswelt irritiert, wenn nicht gar schockiert. 2013 kündigte Südafrika als erstes Land seine bilateralen Investitionsschutzabkommen mit allen europäischen Mitgliedstaaten. Südafrika hat damals konsequent die Empfehlung einer parlamentarischen Untersuchungskommission – auch gegen Wirtschaftsinteressen – umgesetzt. Auslöser war die Klage eines italienischen Bergwerksinvestors auf Schadensersatzzahlungen wegen wirtschaftlicher Nachteile im Zuge der Umsetzung des *Black Empowerment Act* (INDABA 67/10). Der Aufschrei in Europa war groß! Wirtschaftsinteressen würden massiv gefährdet werden. Mittlerweile haben auch andere BRICS-Staaten, wie Indien, oder Indonesien ihre Investitionsschutzabkommen gekündigt, da diese staatliche Regulierungen im Interesse des Allgemeinwohls kostspielig machen und daher einschränken können.

Auch die anfängliche Weigerung Südafrikas, neue Handelsabkommen mit der EU zu verhandeln, war ein

Versuch, der vorherrschenden Doktrin des Freihandels entschlossen entgegenzutreten, um den nationalen Spielraum für eine souveräne und nachhaltige Wirtschaftsentwicklung zu erhalten. Doch ist Südafrika auf Druck der eigenen Agrarlobby 2007 wieder an den Verhandlungstisch zurückgekehrt und hat schließlich 2016 das Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit der EU unterzeichnet. Also doch keine sehr rühmliche Geschichte!

aber nun zur gemeinsamen Initiative von Südafrika und Ecuador der jüngsten Zeit und ihrem Hintergrund: Zwischenstaatliche Abkommen erleichtern Konzernen den Zugang zu Märkten und Rohstoffen und schützen ihre Interessen mit einklagbaren Rechten, wie eben die oben erwähnten Investitionsschutzabkommen. Für den Schutz der Menschenrechte bei weltweiten Unternehmensaktivitäten gibt es jedoch bloß freiwillige Leitprinzipien, deren Anerkennung den Staaten wie global agierenden Unternehmen der-

zeit bloß „empfohlen“ wird. Sie sind weder für Staaten noch für Unternehmen bindend und zeigen daher kaum Wirkung. Die Unternehmensgewinne



Tagung des UN-Menschenrechtsrates im Human Rights and Alliance of Civilizations Room im Palais des Nations in Genf, gestaltet vom spanischen Künstler Miquel Barceló

Kritik an transnationalen Konzernen

speisen sich systematisch aus menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen und niedrigen Umweltstandards. Bei diesen Verstößen haben die Opfer praktisch keine Chance auf Entschädigung und Wiedergutmachung, die Unternehmen bleiben straflos. Bei dem Versuch zu klagen, scheitern die Betroffenen an den unterschiedlichen nationalen Standards, effektiven Durchsetzungsmechanismen und den nötigen Ressourcen, internationale Rechtsverfahren zu führen.

Transnationale Unternehmen können sich somit ihrer Verantwortung in der Wertschöpfungskette entziehen.

Auf Initiative von Ecuador und Südafrika sprach sich der UN-Menschenrechtsrat 2014 mehrheitlich für die Erarbeitung eines verbindlichen Menschenrechtsabkommens aus. Dieses soll die Verantwortungslücke schließen. Doch die EU sowie die anderen Wirtschaftsnationen stimmten gegen dieses Mandat.

Seitdem fanden in Genf drei Sitzungen einer dafür eingesetzten zwischenstaatlichen Arbeitsgruppe statt. Österreich und die meisten Länder des globalen Nordens haben diese Sitzungen anfänglich boykottiert. Sie nehmen jetzt zumindest teil, bringen sich aber nicht konstruktiv ein. Der globale Süden, unter Führung von Ecuador und Südafrika, wird wiederum von einer breiten Zivilgesellschaft stark unterstützt. Bei der letzten Sitzung im Oktober dieses Jahres nahmen mehr als 200 Vertreter/innen der Zivilgesellschaft sowie von Gewerkschaften aus Nord und Süd teil. Sie haben auch im Vorfeld der Verhandlungen mit Kampagnen Öffentlichkeit geschaffen und politischen Druck aufgebaut.

Das Abkommen zielt darauf ab, daß die Staaten jene Konzerne, die in ihrem Land ihren Stammsitz haben, durch klare Gesetze zur Einhaltung der Menschenrechte verpflichten – auch bei ihren Auslandsgeschäften sowie in ihren Tochterunternehmen und Lieferketten. Darüber hinaus ist das Kernanliegen der Schutz der Opfer von Menschenrechtsverletzungen durch die Wirtschaft! Es soll Zugang zu effektiven Rechtsmitteln für Betroffene geschaffen werden, damit diese im Schadensfall ihre Rechte einklagen

können. Dies auch in jenem Staat, in dem der Konzern seinen Stammsitz hat. Daher haben beigrenzüberschreitenden Fällen die Länder zusammenzuarbeiten, um die Unternehmen zur Verantwortung zu ziehen. Das Abkommen soll auch festschreiben, daß die Menschenrechte Vorrang vor Handels- und Investitionsabkommen haben. Und ein internationaler Mechanismus ist zu schaffen, der die Einhaltung des Abkommens überwacht.

Die Initiatoren haben im Oktober 2017 der UN-Arbeitsgruppe diese inhaltlichen Prinzipien vorgelegt. Nach anfänglichen Ablenkungsmanövern der EU-Vertreter/innen (die USA nahmen nur an der Abschlusssitzung teil, um die Fortführung des Prozesses zu verhindern) wurde dann auch in der Sache diskutiert. Als Erfolg kann verbucht werden, daß die EU in der Diskussion zugeben mußte, daß es eklatante Mängel beim Opferschutz und Zugang zu Rechtsmitteln gibt.

Der Prozeß tritt jetzt in eine sehr heikle Phase, da formale Hindernisse vorgebracht werden. Die UN-Mitglieder des globalen Nordens meinen, für die weiteren Verhandlungen im April 2019

bedürfe es eines neuen Mandats. Daher brauchen Ecuador und Südafrika noch mehr Unterstützung von Gewerkschaften und zivilgesellschaftlichen

Organisationen, um den Prozeß aufrecht zu erhalten. Für viele von Menschenrechtsverletzungen Betroffene aus dem globalen Süden ist der UN-Prozeß auch ein wichtiges Forum, die Aufmerksamkeit auf die globalen Ungerechtigkeiten und die Machtverhältnisse und Machenschaften multinationaler Konzerne zu lenken.

Elisabeth Beer ist Mitarbeiterin der Abteilung EU & Internationales in der AK Wien.

Zivilgesellschaft fordert verbindliches Menschenrechtsabkommen für transnationale Konzerne

Am 26. Juni 2014 hat der UN-Menschenrechtsrat eine zwischenstaatliche Arbeitsgruppe zur Erarbeitung eines rechtsverbindlichen Instruments zur Regulierung von Aktivitäten transnationaler Konzerne und anderer Unternehmen ins Leben gerufen. Von 24. bis 28. Oktober 2016 tagte sie zum zweiten Mal.

In einem gemeinsamen Brief zahlreicher Nichtregierungsorganisationen an Bundeskanzler Christian Kern, den damaligen Vizekanzler Reinhold Mitterlehner und Bundesminister Sebastian Kurz hat die Arbeitsgemeinschaft für Entwicklung und Humanitäre Hilfe (*Globale Verantwortung*) die österreichische Bundesregierung dazu aufgerufen, sich an dieser Arbeitsgruppe zu beteiligen und darin proaktiv beizutragen, daß Menschenrechte geschützt werden.

Laut Antwort auf eine parlamentarische Anfrage vom 7.9.2016 plante Österreich damals nicht, an diesem zweiten Treffen teilzunehmen.

Das hat sich mittlerweile geändert: Österreich und die Europäische Union haben sich entschlossen, an dem Treffen in Genf teilzunehmen. Das ist ein wichtiger Schritt, und viele Unterschriften unter die Petition der Globale Verantwortung sowie die Anstrengungen vieler Organisationen haben dazu beigetragen.

(<https://www.globaleverantwortung.at/zivilgesellschaft-tnc>)

Klimawandel und Afrika

Von Adalbert Krims



Im November fand in Bonn der insgesamt bereits 23. *Welt-Klimagipfel* statt, der erste seit der Kündigung des *Pariser Klimaabkommens* durch US-Präsident Trump. In Paris hatte sich die Weltgemeinschaft 2015 darauf geeinigt, die Erderwärmung auf deutlich unter 2 Grad, wenn möglich auf 1,5 Grad, im Vergleich zum vorindustriellen Niveau zu begrenzen. Dieses Ziel soll bis zum Jahr 2100 erreicht werden, und zwar durch die jeweilige Halbierung des Ausstoßes von Treibhausgasen pro Jahrzehnt ab 2020. Laut einer *Care*-Studie aus dem Vorjahr würden aber auch bei einer 2-Grad-Erwärmung weltweit 280 Millionen Menschen durch den Anstieg der Meere ihren Grund und Boden verlieren – und selbst bei der „Wunschmarke“ von 1,5 Grad wären es immer noch 137 Millionen.

Während die Treibhausgase zum größten Teil in der industrialisierten Welt (inkl. „Schwellenländer“) entstehen, sind die Menschen in den ärmeren Ländern am stärksten davon betroffen. Eine Reihe von Inselstaaten – vor allem im Pazifik (wie die Fidschi- und die Marshall-Inseln oder Tuvalu und Kiribati), aber auch die Malediven im Indischen Ozean sowie ein Großteil der Bahamas in der Karibik – sind im wahrsten Sinne des Wortes vom Untergang bedroht.

Wenn man von den genannten Inselstaaten absieht, ist Afrika vom Klimawandel am stärksten betroffen. Allein der Anstieg des Meeresspiegels gefährdet die Existenz von 60-70 Millionen Menschen, weil Böden entweder überhaupt überflutet oder durch das Vordringen des Salzwassers unfruchtbar werden. Am schwersten betroffen sein werden Moçambique, Guinea, Nigeria, Guinea-Bissau und Südafrika. Mit Ausnahme eines Küstenstücks bei Kapstadt gibt es aber in diesen Ländern keine Schutzpläne für die Küsten – außerdem fehlen auch die finanziellen Mittel, um wirksame Maßnahmen zu finanzieren.

Viel gravierender als der Anstieg des Meeresspiegels sind für Afrika aber die Zunahme der Naturkatastrophen als Folge des Klimawandels sowie dessen Einflüsse auf die Landwirtschaft. Afrika hat von allen Kontinenten in den letzten 20 Jahren am meisten unter extremen Wetterereignissen

gelitten. Vier der zehn Länder, die 2015 am stärksten von klimabedingten Naturkatastrophen betroffen waren, befinden sich auf dem afrikanischen Kontinent: Moçambique (auf Platz eins), Malawi (auf Platz drei) sowie Ghana und Madagaskar (auf Platz acht). Während es in einigen Ländern Dürrekatastrophen gibt, verursachen in anderen schwere Regenfälle großräumige Überschwemmungen, die nicht nur unmittelbare Zerstörungen anrichten, sondern auch den Boden längerfristig schädigen. Abgesehen von Naturkatastrophen hat aber bereits die Klimaerwärmung als solche Folgen für die Landwirtschaft: In Asien und Afrika verringern sich die Weizenerträge pro ein Grad Temperaturanstieg um 6 Prozent, die Reisernten sogar um 10 Prozent. Und die Erwärmung der Meere bedroht die Fischbestände.

Wenn bei den Klimakonferenzen u. a. auch über Fonds zur Unterstützung von Entwicklungsländern im allgemeinen und Afrikas im besonderen beraten wird, so ist das sicher wichtig, weil diese Länder nicht in der Lage sind, aus eigener Kraft die Folgen des Klimawandels zu bewältigen bzw. wenigstens abzumildern. Andererseits kann das Grundproblem nicht durch finanzielle und technische Unterstützung gelöst werden. Und dieses Grundproblem besteht darin, daß Afrika (und andere Teile der Dritten Welt) nur wenig zum Klimawandel beitragen, aber dessen Hauptopfer sind. Eine wirksame Lösung muß daher bei den Hauptverursachern ansetzen, und das sind vor allem die „reichen Länder des Nordens“, aber inzwischen auch sog. „Schwellenländer“ (wie China, Indien u. a.). Wenn in diesen Ländern die CO²-Emissionen nicht drastisch reduziert werden – und das bedeutet vor allem Ausstieg aus der Verbrennung fossiler Energieträger –, dann wird der Klimawandel zur Klimakatastrophe, deren Folgen letztlich nicht nur die ärmeren Länder treffen werden, sondern die ganze Welt.

Adalbert Krims ist Journalist in Wien. Er kommentiert für INDABA aktuelle entwicklungspolitische Trends.

Das MOCAA in Kapstadt

Neues Zentrum für afrikanische Gegenwartskunst

Ende September wurde in Kapstadt das Zeitz Museum of Contemporary Art Africa eröffnet – das erste Museum für die Kunst des 21. Jahrhunderts in Afrika. Seine bizarre Architektur und die exquisiten Sammlungen erregten weltweites Aufsehen. Kapstadt ist um eine Touristenattraktion reicher. INDABA stellt die ersten Reaktionen zusammen.

diese Eingangshalle muss man erst einmal verstehen“, schreibt Stephan Hilpold im Standard. „Die Schächte, die wie Orgelpfeifen in den Himmel ragen. Die gläsernen Aufzüge, die an ihnen entlang nach oben schweben. Die



MOCAA. Außenansicht

Schüttrohre, die schwarzen Wendeltreppen, die Warnschilder. Draußen brennt die südafrikanische Sonne vom Himmel, doch hier drinnen ist alles in ein milchiges Dämmerlicht

getaucht. Wie beim Eintritt in eine Kathedrale kneift man unwillkürlich die Augen zusammen. Das wuchtige Betongebäude, das wie ein Koloss im Hafen von Kapstadt steht – drinnen wirkt es leicht und beschwingt.“

1921 war der massive Getreidesilo auf dem Hafengelände von Kapstadt errichtet worden, bestehend aus 42 jeweils 33 Meter aufragenden Betontürmen, in denen Mais für den Export gelagert wurde. Als die Anlage in den 1990er-Jahren nicht mehr gebraucht wurde und langsam zu verfallen drohte, beauftragte die *Victoria & Alfred Waterfront*, der Eigentümer, den britischen Architekten Thomas Heatherwick, eine neue Nutzung für das Grundstück zu finden. Glücklicher Zufall: Gleichzeitig suchte die *Zeit Foundation* nach einem permanenten Ausstellungsort für ihre Sammlung zeitgenössischer Kunst aus allen Regionen Afrikas sowie der Diaspora.

In vierjähriger, technisch komplizierter Arbeit wurde ein unkonventionelles Konzept architektonisch umgesetzt, das die Münchner Architekturzeitschrift *DETAIL* (www.detail.de) wie folgt charakterisiert: „Ausgangspunkt der Idee war ein riesiges einzelnes Getreidekorn, das als Hohlkörper das Herz des Gebäudes bildet. Heatherwick hohlte den 27 Meter hohen Block aus 42 Betonröhren mit einem Durchmesser von je sechs Meter zu einem großen Atrium aus, von dem aus die Galerieräume zugänglich sind. Da die Wandstärke nur 17 cm betrug, mussten die Zylinder auf der Innenseite mit einer Schicht aus 42 cm dickem Stahlbeton aufgedoppelt werden, um bei dem Aushöhlvorgang nicht in sich zusammenzubrechen. Die unterschiedliche Haptik der polierten neuen Oberflächen und des rauen Bestandsbetons trägt zusätzlich zum spannungsreichen Raumeindruck bei.“

Die Galerieräume sind dagegen konventionelle Raumkuben, die sich vom Untergeschoss bis zur Dachterrasse im 7. Obergeschoss fortsetzen. Ab hier sind die bestehenden



Seitlicher Aufriß der Gebäudearchitektur (Heatherwick Studio)

Stahlbetonwände zu einem orthogonalen Gerüst aufgesägt, dessen Öffnungen mit prismatischen Verglasungen gefüllt sind. Venezianische Leuchten dienten hier als Vorbild. Im Gegensatz zu konventionellen orthogonalen Pfosten und Riegeln ordnen sich die orientalischem inspirierten Diagonal-Muster harmonisch in die ebenfalls prismatische Geometrie der Innenraumgestaltung ein. In den höheren Geschossen ermöglichen sie den Gästen der 28 Zimmer des Luxushotels *The Silo* einen fantastischen Blick auf das Meer und den Tafelberg.“

Die Kombination des Museums mit einem Hotel ist ebenso wie die Wahl Kapstadts als Standort ein Anzeichen dafür, daß die Investition sich auch rechnen soll. Mit jährlich mehr als 20 Millionen ausländischen Besucherinnen und Besuchern ist die große, 1652 von den Niederländern gegründete Hafenstadt eine der bedeutendsten Tourismusdestinationen Südafrikas. Der Ausbau der Victoria & Alfred Waterfront seit den 1990er Jahren hat ein lebendiges, von Galerien und Restaurants geprägtes Hafenviertel entstehen lassen, in dem das neue Museum einen kulturellen Mittelpunkt bildet. „Dieses Museum“, so wird Gründer Jochen Zeitz zitiert, „ist das Ergebnis einer Vision, und zwar jener, daß es in Afrika ein Museum für zeitgenössische afrikanische Kunst geben mußte.“ Zeitz, heute 54, machte in Deutschland große Karriere, davon neunzehn Jahre lang als Vorstandsvorsitzender des Sport- und Modekonzerns PUMA. Seine private Sammlung ist der Grundstock des MOCAA in Kapstadt. Mit 6000 m² Ausstellungsfläche in 80 Räumen ist es derzeit das weltweit größte Museum seiner Art.

In der Tat hat das internationale Interesse an moderner afrikanischer Kunst in den vergangenen beiden Jahrzehnten erheblich zugenommen. Spätestens seit der *Documenta 11* in Kassel 2002, die vom nigerianischen Autor Okwui Enwezor kuratiert worden war, werden Künstler/innen aus Afrika von der Kunstszene als gleichrangig wahrgenommen. Seither reißt die Reihe prominenter Präsentationen nicht ab.

Im August 2016, um nur ein paar Beispiele aus den vergangen zwei Jahren zu nennen, eröffnete der damalige US-Präsident Barack Obama das von David Adjaye geplante *National Museum of African American History and Culture* mitten auf der Washington Mall. Und bei der internationalen Kunstmesse *Art Paris Art Fair* im renommierten *Grand Palais* war in diesem Frühjahr Afrika mit einem guten Dutzend zeitgenössischer Künstler/innen als „Guest of Honour“ vertreten. In Afrika selbst hat sich die Kunstmesse in Lagos als Fixpunkt des internationalen Kunstmarktes etabliert. Die Eröffnungsausstellungen des MOCAA ermöglichen Begegnungen mit nicht wenigen mittlerweile weltweit bekannten Künstlerinnen und Künstlern aus Afrika.



Museumsgründer
Jochen Zeitz

Einige Beispiele an dieser Stelle: Der Südafrikaner William Kentridge ist im MOCAA mit seinem (heuer auch in Salzburg gezeigten) 45 Meter langen *Totentanz* (*More Sweetly Play the Dance*) vertreten, einer überwältigenden Schwarz-Weiß-Projektion. Einen farbenfrohen Kontrast dazu bildet die antikoloniale Installation *Addio del Passato* des Britisch-Nigerianers Yinka Shonibare aus dem

Jahr 2011. Edson Chabas, ein angolischer Fotojournalist, der bei der Biennale von Venedig reussierte, kritisiert in *Found, Not Taken* die fehlende soziale und ökologische Verantwortungslosigkeit der reichen Elite seines Heimatlan-



William Kentridge: More Sweetly Play the Dance

des. Ähnlich der Kenyaner Cyrus Kabiru, der in *C-Stunners* spektakuläre Brillen aus Elektronikschrott herstellt. Der Künstlerin Nandipha Mntambo aus Swasiland ist ein eigener Saal gewidmet, in welchem neben Fotografien ihre bekannten weiblichen Torsos ausgestellt sind (*Emaputfo / Swazi Warriors*). Ein weiterer Südafrikaner schließlich, Nicholas Hlobo, scheint mit seinen dramatischen Drachenfiguren *All the Lightning Birds are After Me* gerade den globalen Kunstmarkt zu erobern.

Für nicht wenige Avantgarde-Künstler/innen bedeutet die Aufnahme in das MOCAA eine Unterstützung bei dem Versuch, Akzeptanz in ihrem Umfeld zu finden. „Für einen jungen Künstler wie mich“, sagt etwa der 33-jährige Athi-Patra Ruga, der u. a. das Modell eines Denkmals für den 1998 verstorbenen Anti-Apartheid- und Gayrights-Aktivisten Tseko Simon Nkoli ausstellt, „ist es wunderschön, meine Werke hier zu sehen, noch dazu in einem eigenen Raum. Es ist großartig, daß meine Neffen und Nichten jetzt wie andere junge Afrikaner in diesem Museum mehr über die Kunst ihres Kontinents erfahren und auch über meine Werke sprechen können.“

In den Chor der Begeisterten mischen sich jedoch auch kritische oder zumindest zur Vorsicht mahnende Stimmen. „Kann man die Arbeit eines in einer westlichen Kunstakademie ausgebildeten Künstlers zum Beispiel mit der eines anderen vergleichen, der in der Tradition einheimischer kultureller Praktiken aufgewachsen ist?“, fragt etwa Michael

Stevenson, der mit seinen Galerien in Kapstadt und Johannesburg einer der ersten war, die zeitgenössische Kunst in Südafrika interessant zu machen versuchten. „*Offensichtlich gibt es eine rege Debatte darüber, was im Kontext von Rassismus und Diaspora und nicht zuletzt angesichts der südafrikanischen Dominanz des afrikanischen Kunstsektors als ‚afrikanisch‘ zu verstehen ist.*“

Der Dialog mit den im MOCAA gezeigten Künstlerinnen und Künstlern soll allerdings nicht im Elfenbeinturm einer kunstbewanderten Elite stattfinden, wie manche Kritiker befürchten. Laut Museumskonzeption soll der Zugang für jedermann möglich sein, unter anderem durch freien oder ermäßigten Eintritt und Bildungsprogramme. Aus Sicht der Installationskünstlerin Mary Sibande ein vielversprechender Ansatz: *„Der Zugang zu solchen Institutionen ist ein schwieriges Thema in Südafrika. Schließlich waren sie lange nur der weißen Minderheit vorbehalten. Bis heute ist die Hemmschwelle enorm. Es wird interessant sein, was das Zeitz MOCAA tun wird, damit auch die Einheimischen sich trauen, dieses Gebäude zu betreten.“*

Die beiden Museumsmacher, Sammler Jochen Zeitz sowie Direktor und Chefkurator Mark Coetzee, reagieren



Atrium am Abend

damit auch auf Kritik, wie Leonie March vom *Deutschlandfunk* berichtet. „Afrikanische Kulturschaffende hatten bemängelt, dass zwei weiße Männer allein über die Auswahl entscheiden. Die südafrikanische Fotokünstlerin Zanele Muholi meint dazu: ‚Es wird Zeit brauchen, tatsächlich die ganze Bandbreite Afrikas darzustellen. Für mich ist dies nur der Anfang. Wir Künstler werden mit Vorschlägen und Kritik dazu beitragen, dass das Museum nicht nur auf Altbekanntes setzt, sondern wirklich einen neuen Dialog anstößt.‘“¹⁴

Fotostrecke auf der 3. Umschlagseite.

Hallo Nachbar/in!

Kulturaustausch schlägt Brücken

Peter Kuthan berichtet über das Nachbarschaftsfest am 30. August am ehemaligen Wiener Nordbahnhof und über 20+ Jahre Kulturkooperation der ARGE Zimbabwe Freundschaft und dem Wiener Integrationshaus.

an einem heißen Sommertag Ende August dringt aus den offenen Fenstern eines Seminarraums im Keller des Integrationshauses in Wien vielstimmiger A-Capella-Gesang auf die Engerthstraße: Die Musikgruppe *Mokoomba* aus Zimbabwe gibt einen Workshop für junge afghanische Flüchtlinge im Haus. Der so fremd und gleichzeitig berührend klingende Song *Kambowa* handelt von der gewaltsamen Vertreibung und Umsiedlung des Tonga-Volkes aus dem Flußtal des Zambezistroms, um dem Bau des Kariba-Staudamms Platz zu machen. Ein Kind, das dabei seine Eltern verloren hat, drückt die Hoffnung auf ein Wiedersehen mit seiner Familie aus. Nicht nur den anwesenden Flüchtlingskindern geht dieses Schicksal von Flucht und Vertreibung, das sie ja in ähnlicher Weise am eigenen Leib erlebt haben, unter die Haut. Gleichzeitig wird eine Sehnsucht angesprochen, die alle teilen.

Ein paar Stunden später ziehen die Musiker mit Bewohnern und Mitarbeiter/innen des Integrationshauses in einem musikalischen Umzug über den nahen Bednarpark zum Wasserturm am ehemaligen Nordbahnhof. Sie machen so die Nachbarschaft im Stadtviertel, wo nahezu alle „fremd“, weil neu Zugezogene sind, auf das Nachbarschaftsfest und Konzert am Abend aufmerksam und laden ein mitzugehen und mitzufeiern. Nach den Eröffnungsreden von Bezirksvertretung und Mitveranstaltern spielt Didier Uyago, der hier wohnt und aus Ruanda stammt, mit seiner Band zum Auftakt auf. Dann heizt die mitreißende Afrofusion-Musik von Mokoomba die Stimmung an, bis der Abend schließlich in einer Jam Session mit den heimischen Musikerfreunden Robert Bilek, Mamadou Diabaté und Karl Ritter ausklingt. Das gelungene Fest hat tatsächlich Brücken geschlagen – im Grätzl um das Stadtentwicklungsgebiet, mit dem Integrationshaus und den von ihm betreuten Flüchtlingen, zwischen Wien und Afrika. Die Nordbahn-Halle erweist sich einmal mehr als stimmungsvolle Arena, die hoffentlich als

gemeinschaftsstiftender, öffentlicher Ort im Grätzl erhalten bleibt!

Diese Veranstaltung war eine weitere Kulturkooperation des Integrationshauses mit der *ARGE Zimbabwe Freundschaft*, die schon seit über 20 Jahren Früchte zeitigt und regelmäßig von der Kulturabteilung der Stadt Wien/MA 7 gefördert wird (INDABA 83/14): Schon 1996 brach die Wiener *Tschuschenkapelle* zu einer Tournee durch Zimbabwe und Moçambique auf, bei der



Musikalischer Umzug durch den Bednarpark zur Nordbahnhalle: Trustworth Samende, Miti Mugande, Donald Moyo (verdeckt), Abundance Mutori, Mathias Muzaza, Coster Moyo, Robert Bilek (v.l.n.r.)

auch die Tonga am Kariba-Stausee besucht wurden und die streckenweise von der Musikgruppe *Ghorwane* aus Maputo begleitet wurde. Im „Rückspiel“ tourten Tschuschenkapelle und Ghorwane gemeinsam durch Österreich, natürlich mit einem „Heimspiel“ auf der Jesuitenwiese im Wiener Prater. 1997 überqueren 30 Tonga-Musiker/innen der älteren Generation in einer legendären Expedition im Rahmen des öö. Festivals der Regionen das Tote Gebirge und zogen

.... bücher

Horst Gründer und Hermann Hiery (Hrsg.): **Die Deutschen und ihre Kolonien. Ein Überblick.** (Berlin, be.bra Verlag, 2017). 352 S.

Die koloniale Vergangenheit Deutschlands erfährt in der Bundesrepublik derzeit breitenwirksame Würdigung. Erst kürzlich ging eine große Ausstellung zum Thema im *Deutschen Historischen Museum* zu Ende, zu der auch ein umfangreicher Katalog erschienen war. Nun legen zwei langjährige Kolonialismus-Experten einen Sammelband vor, in dem elf Historiker/innen unterschiedliche Aspekte der deutschen Kolonialgeschichte beleuchten. Im Vorwort begründen die Herausgeber die Publikation des Sammelbandes damit, daß „es immer noch an einer allgemeinverständlichen, nicht nur für Historiker geschriebenen Darstellung über die deutsche Kolonialzeit, losgelöst von der Emotionalität politischer Debatten“ (S. 7) fehle. Diese Lücke versuche der Band mit auf „das Wesentlichste konzentrierte[n] Beiträge[n]“ zu schließen.

Die Beiträge wurden von Historiker/innen aus mehreren Forschungsgenerationen verfaßt – die jüngste Autorin wurde 1982 geboren, der älteste Autor 1938. Dies – wie auch die sehr unterschiedlichen Themen in den Schwerpunktkapiteln – bringt beinahe automatisch differierende Blickwinkel und Herangehensweisen mit sich. Dies heben die Herausgeber als Vorteil der Publikation hervor: „Geschichtsschreibung lebt von unterschiedlichen Deutungen und Einordnungen.“ (S. 8).

Das Buch ist in vier Teile gegliedert, wobei der erste und letzte Teil als Einführung und Ausblick angelegt sind. In den ersten Kapiteln schildern Ulrich van der Heyden und Winfried Baumgart die kolonialen Bemühungen und Anläufe vor jener Hochphase des deutschen Kolonialismus, die nur wenige Jahrzehnte währte. Dieser Zeit wiederum sind die beiden Hauptteile des Buches gewidmet. In den Kapiteln, die unter dem Titel „Das deutsche Kolonialreich“ versammelt sind, zeichnen die Herausgeber sowie Winfried Speitkamp die Geschichte der deutschen Kolonien in Afrika, der Südsee und in China nach. Horst Denzel zieht eine wirtschaftliche Bilanz des deutschen Kolonialismus. Er kommt zu dem Schluß, daß das vom SPD-Politiker und Journalisten Friedrich Stampfer bereits in der Weimarer Republik formulierte Urteil weiterhin gültig ist, wonach sich die Kolonialökonomie durch die „Privatisierung der

Gewinne bei einer Sozialisierung der Verluste, die diese Gewinne ermöglichten“ auszeichnete (S. 159). Die Gewinne einiger weniger Privatunternehmen wurden durch große Mittel ermöglicht, die der Staat in Aufbau und Sicherung einer Kolonialstruktur steckte – die Ausbeutung der einheimischen Bevölkerung in den Kolonien ist dabei noch gar nicht hinzugerechnet.

Wie sich die deutsche Kolonialherrschaft auf eben diese betroffenen Bevölkerungen auswirkte, wie die Verwaltung funktionierte und welche Rolle Rassentheorien, Missionare oder Kolonialausstellungen spielten – all diese für die geschichtswissenschaftliche Forschung der vergangenen Jahre zentralen Fragen werden im zweiten Hauptteil „Kolonialismus im Alltag“ behandelt. Hier wird vieles nur angeschnitten, jedoch eignen sich die einzelnen Kapitel durchaus als prägnante Einführungen in die jeweiligen Themen. Das Schlußkapitel schließlich widmet sich jenen Fragen, die bis in die aktuelle tagespolitische Debatte wirken, nämlich dem Umgang der Bundesrepublik mit ihrer kolonialen Vergangenheit und der damit einhergehenden Erinnerungskultur in Gestalt von Denkmälern, Erinnerungstafeln oder Straßennamen.

In ihren abschließenden Bemerkungen versuchen die Herausgeber ein Resumé. Auffällig sei, daß die deutsche Kolonialgeschichte, „die doch allenfalls 30 Jahre dauerte, bis heute wirkmächtig geblieben ist“ (S. 317). Hiery und Gründer wiegen auf den letzten Seiten des Sammelbandes ab, vieles liest sich relativierend: „Deutschland brachte auch den europäischen Fortschritt“, schreiben die Autoren, die freilich Gewalt, Rassismus und Ausbeutung nicht ausblenden. Und dennoch: „Der einheimischen Bevölkerung in Deutschlands Kolonien eine reine Opferrolle zuzuschreiben, ist eine historisch unzutreffende Bewertung, die die Fähigkeiten der Afrikaner, Chinesen und Pazifikinsulaner noch nachträglich marginalisiert. Es wäre eine zutiefst eurozentrische Sichtweise.“ (S. 322). Mag sein, daß die Rolle der Kolonisierten als Akteure oft zu wenig berücksichtigt wird – bei den Formulierungen von Gründer und Hiery drängt sich allerdings der Eindruck auf, daß dies auch zur Relativierung deutscher Verantwortung dient.

Simon Loidl

Simon Loidl: „**Europa ist zu enge geworden**“. **Kolonialpropaganda in Österreich-Ungarn 1885 bis 1918** (Wien, Promedia Verlag, 2017). 232 Seiten.

Nach Jahren akademischen Desinteresses scheint die Geschichte der österreichischen (bzw. österreichisch-un-

Zwar waren die Forderungen der Kolonialgesellschaft in keinem einzigen Fall erfolgreich – was auch ihrem leicht anrühigen Image geschuldet gewesen sein mag –, doch verstärkten sich im Laufe der Jahre die expansionistischen Tendenzen auf Regierungsebene (fehlgeschlagene Besetzung der Salomonen-Inseln 1896, Beteiligung an der europäischen Militärintervention gegen China 1900, Annexion Bosniens und der Hercegovina 1908). Exponierte Vertreter der höheren Beamtschaft und des Militärs, wie Feldmarschall Conrad v. Hötzendorf, vertraten zunehmend kolonialistische Positionen. **Loidl** weist weiters zu Recht darauf hin, daß die – wenn auch zum Teil extremen – Positionen der Organisation in einen breiten pro-kolonialen Konsens auf gesellschaftlicher Ebene eingebettet waren: Das dadurch geprägte „gesellschaftliche Umfeld ... war den Argumenten dieser Diskussion [über eine stärkere Beteiligung der Monarchie am europäischen Kolonialismus] nicht zuwiderlaufend“ (S. 43).

Eher im Gegenteil, war die Österreichisch-Ungarische Kolonialgesellschaft doch nur eine von mehreren kolonialistischen Lobbies, die zur Jahrhundertwende in der Monarchie existierten. Eine weitere, in der Forschung bisher vollkommen tabuisiert, war der Zionismus. Koordiniert von Wien aus wurden teils im Umfeld von, teils in Konkurrenz zu Theodor Herzl eine Fülle von Kolonialprojekten diskutiert und einige davon auch praktisch evaluiert, wobei die Stoßrichtung auch hier zwischen organisierter Emigration und kolonialer Landnahme variierte und als Zielgebiete zunächst Angola und Uganda fungierten; erst später setzte sich Palästina als Hoffungsregion durch. Es geht mir hier nicht darum, die Legitimität der jüdischen Auswanderungsmotive – von antisemitischen Pogromen im zaristischen Rußland und in Polen bis hin zur organisierten Massenvernichtung des NS-Regimes – in Frage zu stellen. Die angepeilte Lösungsstrategie hingegen, die Errichtung eines von Europäern dominierten staatlichen Hoheitsgebiets über einheimisch besiedelte Territorien außerhalb Europas und die Diskriminierung der Einwohnerschaft derselben als Menschen zweiter Klasse, stand voll im Einklang mit der siedlerkolonialistischen Tradition des europäischen Imperialismus, wie sie ab den 1780er Jahren in den USA und im 20. Jahrhundert u. a. in Südafrika, Algerien oder Indochina umgesetzt wurde. Von dieser Warte aus gesehen hat der fruchtbare kolonialistische Nährboden Österreich-Ungarns zwar zu keinem Überseebesitz der Monarchie geführt, dafür aber einen Anstoß zu einem der großen Weltprobleme des 21. Jahrhunderts gegeben.

Walter Sauer

Maria Tekülve / Theo Rauch, **Alles neu, neu, neu! in Afrika. Vier Jahrzehnte Kontinuität und Wandel in der sambischen Provinz** (Berlin-Tübingen, Verlag Hans Schiler, 2017). 279 S.

Mehr als fünf Jahrzehnte nach der Unabhängigkeit der meisten afrikanischen Staaten geht der Streit weiter. Optimisten schwören auf den Zukunftskontinent Afrika und verweisen auf hohes Wirtschaftswachstum und Demokratisierungsfortschritte. Pessimisten beharren auf dem Fortbestehen postkolonialer, rohstoffabhängiger Strukturen, wachsender Ungleichheit und Korruption.

Die Autoren dieses Buches, die viele Jahre in verschiedenen Ländern Afrikas lebten, haben die Verhältnisse stets engagiert verfolgt und kehrten 2015 nach Zambia, eine ihrer einstigen Wirkungsstätten, zurück. Sie erkundeten, was sich dort konkret verändert hat und was geblieben ist.

Das entstehende Bild ist vielfältig, manchmal widersprüchlich, mitunter ernüchternd, überwiegend zuversichtlich, oft humorig; auf jeden Fall ein lebendiges, auch selbstkritisch reflektierendes Zeugnis aus der afrikanischen ländlichen Provinz. Es ist ein Bild der Dynamiken und Diskurse im ganz „normalen“ Afrika jenseits plakativer Krisenmeldungen.

Die Leserinnen und Leser erfahren viel über das konkrete Leben der unterschiedlichen Akteure vor Ort. Sie erhalten nebenbei einen tiefen, kritisch analysierenden und – angesichts derzeitiger Debatten um *Eine Welt ohne Hunger* und *Jobs für Afrika* – verblüffend aktuellen Einblick in die entwicklungspolitische Praxis.

Maria **Tekülve**, promovierte Geographin und Entwicklungssoziologin, ist seit 1986 in der Entwicklungszusammenarbeit tätig. In den frühen 1990er Jahren forschte sie über kleinbäuerliche Wirtschafts- und Lebensweisen in Zambia, wo sie zuvor in einem Projekt gearbeitet hatte. Theo **Rauch**, geboren 1945 in München, studierte Volkswirtschaftslehre, promovierte und habilitierte sich in Wirtschafts- und Sozialgeographie zu Fragen der ländlichen Entwicklung. Seit der zweiten Hälfte der 1970er Jahre war er in Zambia und Malawi tätig und verfaßte u. a. ein Lehrbuch über Entwicklungspolitik sowie zahlreiche weitere Publikationen, z. B. 1990 eine Untersuchung über kleinbetriebliche ländliche Entwicklungszentren in Malawi (zum Lesen in der SADOCC-Bibliothek). Seit seinem Studium beschäftigt er sich als Grenzgänger zwischen den Welten der Wissenschaft und der Entwicklungspraxis mit Afrika.

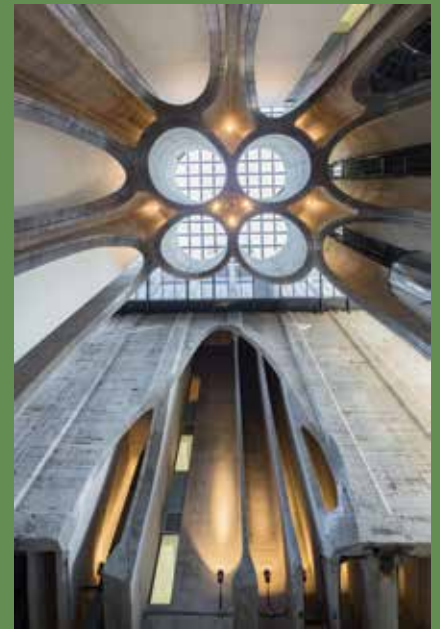
Das nächste Offene Treffen findet am Dienstag, den 27. Februar 2018, um 18 Uhr statt und zwar wieder im Wein-

Zu Besuch bei der ÖNG war am 21. November Jeremy Silvester, der Direktor der *Museums Association of Namibia* in Windhoek.

Impressionen vom Zeitz MOCAA in Kapstadt



Mary Sibande, *In the midst of chaos, there is opportunity*



Kudzanai Chiurai, *State of the Nation 2011*



Athi-Patra Ruga, *Proposed Model for Tseko Simon Nkoli Memorial*



Cyrus Kabiru, *Macho Nne 01-25 (Ausschnitt)*

von Iwan Baan und Antonia Steyn

Do 11-20 Uhr